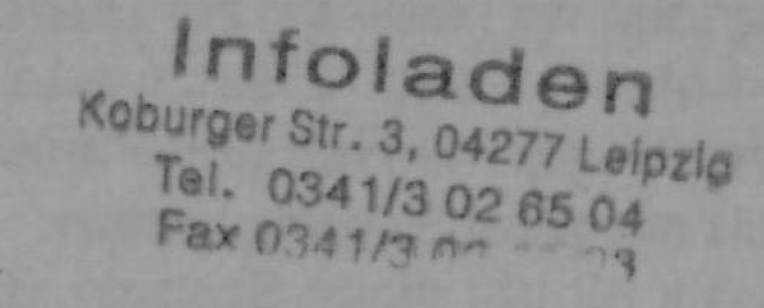
Nr. 460 1. Oktober 1998

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2⁵⁰ DM









In Gefahr und größter Not bringt seine Mittigkeit den Tod

(„um es mal vorsichtig zu formulieren")

INTERIM

Vorwort:

Irgendwas Wichtiges scheint am Sonntag abend passiert zu sein, denn schlagartig zu 18 Uhr leerte sich die Reclaim-the-street-party. Habt ihr etwa alle vor dem Fernseher gesessen? Zugegeben, wir auch!
Zu nebenstehendem Brief der „Unglücklichen": uns wird an vielen Stellen gezielte Bösartigkeit unterstellt, wir aber können euch versichern: es ist in den meisten Fällen pure Unfähigkeit. So ist zum Beispiel die einzige Vorlage eines Textes von Fliegenpilz, der vor etwa zehn Nummern sogar im Inhaltsverzeichnis aufgeführt, aber nicht im Heft zu finden war, wegen eines technischen Problems (das ist jetzt ehrlich ungelogen) in unserem Aktenvernichter gelandet. Jetzt hätte mensch natürlich im nächsten Heft eine Suchmeldung veröffentlichen können, aber da war's schon wieder aus dem Auge, aus dem Sinn. Ansonsten empfehlen wir allen, deren Text im aktuellen Heft nicht erschienen ist: „Neues Heft, neues Glück". Da das Herstellungsteam - wie ja inzwischen allgemein bekannt ist - alle zwei Wochen neu zusammengewürfelt wird, können wir zu eurem Problem mit Pupsvogel leider nichts sagen.
Schade finden wir, daß wir zur „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" keine Erlebnisberichte bisher erhalten haben. Ersatzweise haben wir schon mal einen überraschend guten Artikel aus einer Münchner Boulevardzeitung ins Heft genommen. Dazu zwei Artikel aus dem ND.

Nun noch ein paar Kleinigkeiten:

Vielen Dank für die dicke Spende, die uns vor zwei Wochen erreicht hat. Wir können sie gut gebrauchen.
Das Titelbild der 458 (Schönbohm, die Zweite) ist übrigens keine Montage unserer ComputerkünstlerInnen, sondern ein Ausschnitt aus einem Originalfoto aus der „Berliner Zeitung" von einer RCDS-Veranstaltung an der FU. Ansonsten war dieses Titelbild eigentlich für die Nummer 457 vorgesehen, siehe Vorwort 458. Wie „das Schicksal" allerdings so spielt, hat nun der Buchladen in der Oranienstraße 21 für den auch uns allen völlig peinlichen Titel der 457 ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung eines Verfassungsorgans am Hals.
Einen gewissen Kopierladen in der Manteuffelstraße in Berlin wollen wir an dieser Stelle zum letzten Mal auffordern, seine Schulden bei uns zu begleichen. Sonst ist Schluß mit lustig. Kredite gibt's bei der Berliner Sparkasse oder bei guten Freunden. Und seine KundInnen können ihn ja mal fragen, was er mit unseren 2 Mark macht.
Aufgrund eines Mißverständnisses sind einige Bestellungen und Adreßänderungen in den letzten Wochen nicht bearbeitet worden. Spätestens ab der nächsten Ausgabe müßtet ihr aber die Zeitung wie bestellt erhalten.

Inhaltsverzeichnis:

Ordner:

zum Titelbild

WILLKOMMEN BEI RECLAIM THE STREETS

Cool, daß Du gekommen bist, dann kann's ja gleich losgehen. Hier aber noch ein paar Worte vorweg:

DIES IST NICHT EINFACH NUR EINE PARTY.

RECLAIM THE STREETS ist eine "illegale" Straßenparty. Das gibt uns die Möglichkeit, selbstbestimmt den Ort der Feier auszuwählen. Gleichzeitig ist sie eine Blockade, um die allesniederwalzende Blechlawine endlich mal zum stoppen zu bringen und die Straße zurück zu erobern,

DENN DIE STRAßEN GEHÖREN UNS! LAßT UNS DEN BETONKÖPFEN DER "INNEREN SICHERHEIT" AUF IHRER (SCHWARZ-ROT-) GOLDENEN NASE HERUMTANZEN!

DU BIST TEIL EINER AKTION DESHALB: SEI DABEI UND MACH NICHT NUR MIT! BLEIB AUF DER STRASSE UND SCHÜTZE DAS SOUNDSYSTEM. VERMEIDE MÜLL - ES GIBT MÜLLSÄCKE!

Verschoben:

Kongress Modell Chile
Brunnenstraße Teil 2 und 3

Impressum:

Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift siehe oben
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag



Liebe Interims,

mal wieder ein offener Brief von uns. Es geht um den Text *Grundsätze zur Diskussion über die Umorientierung in der autonomen Bewegung* von *Pupsvogel*, den Ihr in der Interim 456 nicht abgedruckt, sondern in den Ordner gesteckt habt: Wir fragen uns: Warum?
Ihr schreibt selbst im Vorwort, daß diese Interim wegen Sommerloch dünner ausfällt, als normal. Das heißt, Euer Lieblingsargument fällt weg.

Wir mutmassen, Ihr habt den Artikel nicht gedruckt, weil er Euch im Stil zu popelig ist, vielleicht den falschen Theoretiker im Hintergrund hat, sich in einer ungewohnten Weise an die/den Einzelnen richtet und weil da mehrfach von Klasse und Masse die Rede ist.

Wir selbst beziehen uns nicht mehrheitlich positiv und mehrheitlich nicht auf Wilhelm Reich und finden sowohl die fast schon religiös anmutende Entgegensetzung zweier Pole (des Guten/revolutionäre gegen das Böse/reaktionäre), als auch die psychologische Betrachtung von Gesellschaft nicht besonders glücklich. Trotzdem finden wir, daß der Artikel von *Pupsvogel* eine Reihe von Problemen des autonomen Stillstands anspricht und dabei einiges forwärtsweisendes enthält: Die Hinweise auf die Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Entwicklungen und die Notwendigkeit Kräfte einzuteilen und zu schonen; das Denken in Bewegung, der soziale Bezug, die Ferne zum Moralismus...

Wir wissen, daß die längeren Artikel zu Fragen der politischen Strategie in der Interim von vielen überblättert werden, speziell bei der von uns wieder aufgegriffenen Debatte um Zensur und Identitätspolitik kamen ja auch eine Reihe von mehr oder weniger versteckten Bemerkungen in Euerem Blatt, die Debatte sei zu abgehoben und unverständlich. Mit dem Nichtabdruck des Artikels von *Pupsvogel* habt Ihr eine Chance vergeben, mal einen Beitrag zu solchen Fragen in anderem Stil zu bringen. Wir denken schon, daß er die eine oder andere Diskussion ausgelöst hätte.
Da kommen mehrfach Aufforderungen, sich an der Debatte um *Fridolins* Papier *Wo ist Behle?* zu beteiligen und kommt dann ein Beitrag, der eine unausgesprochene, aber deutliche Kritik am Konzept *Fridolins* liefert, wandert er in den Ordner.
Das finden wir schade (um mal nicht zu schreiben: politisch fatal).

Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
10247 Berlin
Daneben@omega.berlinet.de

/Königs Wusterhausen

antifaschistische Demo 17.10.98 in Königs Wusterhausen Bahnhofsvorplatz 14 Uhr

Die Kleinstadt Königs Wusterhausen im Kreis Dahme- Spreewald gilt seit Jahren als eine Hochburg der rechtsradikalen Szene.
Besonders in den letzten Monaten häufen sich wieder An- und Übergriffe der Neonazis auf Personen, die im eingeengten Weltbild der Nazis keinen Platz finden; auch stärkere organisatorische Bemühungen der Neonazis sind festzustellen. So kandidiert mittlerweile auch in KW die rechtsradikale NPD zur Wahl; es verstärkt sich darüberhinaus der Verdacht, daß die bisher relativ unabhängig agierenden Kameradschaften rund um KW eine engere Vernetzung anstreben.
In KW schafften es die Faschos, zahlreiche öffentliche Treffpunkte für sich fast gänzlich zu besetzen und so prägen vor allem kurzgeschorene Jugendliche mit neonazistischer Symbolik den jugend-subkulturellen Bereich. „Rechts-sein" ist „in" bei vielen Jugendlichen, zumal in einem diffusen rechten Weltbild einfache Antworten auf komplexe Fragen geliefert werden. Als Faschist bezeichnet man sich dabei jedoch selber nicht, man ist eben „nur" deutsch und national und hat was gegen „die Ausländer" und „die Linken" und äußert dies auch unverhohlen mit brutaler Gewalt.

Ende Februar 1998 wurden in KW zwei geistig behinderte junge Männer von vier 16-19-jährigen Nazis mißhandelt. Einer der beiden Betroffenen wurde von den Angreifern getreten, geschlagen und be[...]r mußte auf dem Boden kriech[...]dabei wie ein Hund bellen; dana[...]den[...] die Kopfhaare mit ei[...]eu[...]g abgebrannt. Zwei der beid[...]r si[...]ngehörige der KWer Skinh[...]ne u[...]rbringen ihre Freizeit na[...]n im örtlichen Jugend[...]hinlänglich als Treffp[...]chten Szene bekannt ist. Die vier [...]n mittlerweile in einem u[...]uhrten Strafprozeß zu J[...]auf Bewährung verurteilt.

gestern...

[B]ereits vor 19[...]gab es in Königs [W]usterhause[...]ne relativ starke rechte Hooligan- bzw. Skinheadszene. die über gute Verbindungen zur faschistischen „Nationalistischen Front (NF)" verfügte. Anfang der 90er zogen -den guten Nährboden nutzend- rechtsradikale Kader aus Westdeutschland nach KW, wo sich unter deren Einfluß binnen kurzer Zeit eine gefährliche und einflußreiche Neonaziszene entwickelte. Der Ortsverband der „NF" in KW wuchs in dieser Zeit zu einem der mitgliederstärksten und einflußreichsten Ortsverbänden in Ostdeutschland an.

Bundesweite Beachtung fand der Kreis Königs Wusterhausen, als 1991 und 1992, jeweils am Volkstrauertag, am Soldatenfriedhof in Halbe die größten Neonazi-Aufmärsche der damaligen Zeit stattfanden.
Traurige Berühmtheit erlangte auch das Dorf Dolgenbrodt im Kreis KW: Einen Tag bevor Flüchlinge in einem ehemaligen örtlichen Ferienlager untergebracht werden sollten, brannte das Lager ab. Bewohner der Dorfes bezahlten für diese Tat Rechtsradikale aus Königs Wusterhausen.
Auf das Konto der Neonazis gingen allein bis 1995 in Königs Wusterhausen vier Morde, diverse Mordversuche, Wehrsportübungen in den Wäldern südlich von KW, eine Kreuzverbrennung des „Ku Klux Klan (KKK)", Faschokonzerte, Schlägereien und massenhafte Verteilung neofaschistischer Propaganda. Ebenfalls aus KW stammt das Skinfanzine „United Skins", indem offen neonazistische Symbolik gezeigt wird.

und heute...

Wenngleich es in den Medien relativ still um die Kleinstadt KW wurde, ist bis heute die rechtradikale Szene vor Ort aktiv. Übergriffe von Neonazis auf „unliebsame Gegner" zeugen von der ungebrochenen Gewaltbereitschaft der rechten Schläger. Der vorläufig letzte Mord ereignete sich im März 1997, als eine Gruppe von sechs rechtsradikalen Jugendlichen einen Frührentner in KW den Schädel zertrümmerten.
Ebenfalls im Frühjahr 1997 flog die Mitgliedschaft des Neonazi-Kaders Ulli Boldt in der

Ortsgruppe der „Jungen Union" (Jugendorganisation der CDU) auf. Jahrelang hatte sich unter diesem Deckmantel eine Gruppe von rechtskonservativen bis offen rechtsradikal eingestellten Schülern getroffen und agitiert. Heute organisieren die Ex-Mitglieder der damaligen Jungen Union Fahrten nach Schlesien, getreu dem Motto „Heim ins Reich".
Eine ca. 30 Personen umfassende Naziskingruppe, die sich wie das Fanzine „United Skins" nennen, ist die bestorganisierte Nazigruppe vor Ort. Neben Drohungen und Prügeleien üben sich die „United Skins" auch in Anti-Antifa-Arbeit, so z.B. geschehen am 22.3.98 auf einem antirassistischen Straßenfest, wo linke Jugendliche einzeln abfotografiert wurden.
Als fester Bestandteil der rechten Szene in KW ist ebenfalls der Marken-Klamotten-Laden „Explosiv" zu erwähnen, dessen Publikum fast ausschließlich Nachwuchsrechte sind. Betrieben wird der Laden in der Bahnhofstr. XX von den zwei ehemaligen Wehrsport-aktivisten Marco Witt und Axel Kopelke.

Der Jugendclub „Oase" als fester Bestandteil der rechten Infrastruktur

Die derzeitigen Hauptaktivisten der Naziszene in KW können sich auf ein starkes Umfeld aus dem örtlichen Jugendclub „Oase" in der---str. stützen.
Der Jugendclub „Oase" wurde von der rechten Szene in KW regelrecht okkupiert. Das bis dahin eher gemischte Publikum wurde von den zahlenmäßig immer stärker auftretenden Jungnazis durch massive psychische und physische Bedrohung aus den Räumlichkeiten gedrängt. Mittlerweile hat sich die „Oase" zu einem festen Treffpunkt der rechten Szene entwickelt; dort wird nicht nur rechtsradikale Musik gehört, sondern auch faschistische Propaganda verbreitet. Das Publikum, das diesen Club regelmäßig frequentiert, besteht in der Mehrzahl aus profilierungssüchtigen Hooligans. Einige Hauptaktivisten der KWer Naziszene witterten die Gunst der Stunde und fördern seither ihre „Schützlinge" im Jugendclub. Im November 1996 wurden aus dem Club heraus Angehörige des Stadtjugendrings nach einer Tagung überfallen. Das Clubleben in der „Oase" reicht mittlerweile von Anti-Antifa-Arbeit bis hin zu Strukturaufbau.

Akzeptieren um jeden Preis?

Der besagte Jugendclub „Oase" wird von einem freien Träger unterhalten und von der Kommune finanziell bezuschußt. Die beiden SozialarbeiterInnen arbeiten nach dem Konzept der integrativen Jugendarbeit, welches besser bekannt ist unter dem Namen „akzeptierende" bzw „verstehende" Jugendsozialarbeit. Ausgangspunkt dieses Konzepts ist die Annahme, daß rechte Orientierungen von Jugendlichen politische Umformungen von sozialen Alltagserfahrungen sind. Nicht die Probleme, die rechtsextreme Jugendliche machen, sondern die Probleme, die rechtsextreme Jugendliche haben, werden dabei betrachtet. Es geht darum, rechtsextremes Denken erstmal zu akzeptieren und nur dessen Auswüchse zu reduzieren, also dafür zu sorgen, daß diese möglichst nicht mehr gewalttätig auffallen. Dieses sozialpädagogische Konzept stößt in seiner realen Umsetzung jedoch schnell an seine Grenzen und kann die in ihm gesetzten Erwartungen zur Resozialisierung Rechstextremer nicht erfüllen. Probleme ergeben sich dabei vor allem durch die pädagogische Sicht auf das Individuum, dessen soziales Verhalten unabhängig von dessen politischen Einstellungen therapiert werden soll. Doch gerade die Prinzipien in rechten Jugendcliquen, wie Hierarchie, Wir-Gefühl in starker Abgrenzung von „Fremden" oder auch das Recht des Stärkeren finden sich auch in der „normalen" Gesellschaft wieder. Solange Rechtsextreme, und dies sind nicht nur Jugendliche, auf einen weit verbreiteten rechten Konsens in der Bevölkerung zurückgreifen können, werden auch sozialpädagogische Konzepte ihre Wirkung verfehlen. Oft helfen sie, die ideologische Festigung und die Vernetzung faschistischer Gruppen durch die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur voranzutreiben. So bietet auch in KW der Jugendsozialarbeiter der „Oase" seinen „Klienten" wenn auch keine ideologische, so doch Hilfe auf Dienstleistungsniveau an, indem er beispielsweise die Clubbesucher durch die Stadt fährt oder bei Gerichtsprozessen seine Jugendlichen „betreut". Darüberhinaus werden in seinem Beisein Fotos von AntifaschistInnen untereinander ausgetauscht.

Was tun? Was tun!

Die Situation in KW ist vergleichbar mit diversen anderen Kleinstädten in Ostdeutschland. Der Mainstream der Jugendkultur ist von rechts dominiert und die wenigen alternativen Jugendlichen sind einer massiven Bedrohung ausgesetzt. Rechtsradikale Gruppierungen jedoch als „harmlose Spinner" oder „ideologisch Verblendete" abzutun, verharmlost deren reale Stellung innerhalb der Gesellschaft. Rechtsextremistische Forderungen widerspiegeln häufig in konkreter und zugespitzter Form die Prinzipien und Mechanismen des Alltagslebens: Leistung und Macht fungieren als Leitprinzip in einer kapitalistischen Gesellschaft. Unzufreidenheit über Mißstände wie Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot und Rücknahme des sozialen Sicherungssystems -Ausprägungen einer ungerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik- werden in einer nationalstaatlich und rassistisch geprägten Politik kanalisiert und nach alter „Sündenbockmanier" bewältigt. Schuld sind immer die Anderen, meist die ohnehin an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten, wie Behinderte, MigrantInnen, Homosexuelle oder Obdachlose. Sei es das von den etablierten Volksparteien im Wahlkampf inzenierte Dauerbrennerthema der „Gefährdung der inneren Sicherheit durch marodierende Ausländer-banden" oder die Übernahme von Forderungen faschistischer Parteien in die normale „hoffähige" Politik. Zahllose Beispiele liefern ein eindrucksvolles Bild wie gut der Mechanismus „nach oben buckeln und nach unten treten" funktioniert. Schluß damit!
Wir wollen mit dieser Demonstration Akzente antifaschistischen Denkens und Handelns setzen und den Nazis unseren entschlossenen Widerstand entgegensetzen.
Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand mehr ausgegrenzt, unterdrückt und ausgebeutet wird. Zeit zu handeln ist es schon längst, also schließt Euch zusammen und werdet selbst aktiv!

Gegen rassistische Hetze und Ausgrenzung!!
Weg mit der „Oase"!
Organisiert den antifaschistischen Widerstand!

Demonstration in Königs Wusterhausen, am 17.10.98, um 14 Uhr, am Bahnhofsvorplatz



Für alle Fälle:
Antifa-Infotelefon:030/27560756

Diesen Aufruf unterstützen:
Berlin: Antifa Sud-Ost(ASO); Antifa-Jugend-Aktion Kreuzberg (AJAK); Antifa-Jugend-Aktion Schoneberg (AJAS); Antifa-Jugend-Aktion Mitte Pankow-Prenzlauer Berg (AJAMPP); Antifaschistische Aktion Berlin; Jugend-Antifa Marzahn (JAM); Jugend Antifa Friedrichshain (JAF), Revolutionare Antifa Nord (R.A.N.); KPD (Berlin); Antifa Zusammenschluß Süd;
Brandenburg: Antifa Hellersdorf; Hochschulgruppe T.I.P (Potsdam); AGJG Falkensee; Antifa-Jugend-Aktion Potsdam (AJAP) Potsdam; Antifa Havelland, Falkensee; Antifa- Jugend Westhavelland, Rathenow; Antifa Jugend Brandenburg, Antifa Fürstenwalde/Oder-Spree (AFOS); Antifa Erkner; JungdemokratInnen/Junge Linke, Blankenfelde/Rangsdorf

V.i.S.d.P. Ernst Müller, Stephanstr. 54 15567 Berlin

Neonazis überfielen Gegendemonstranten bei NPD-Aufmarsch in Rostock

Auf der am 19.9.08 stattgefundenen Demo gegen den NPD-Aufmarsch wurde ein wendländischer Antifaschist von einem Auto, vollbesetzt mit NAZIS, angefahren und dabei schwer verletzt.
Über diesen Vorfall berichtete der Deutschlandfunk noch vor 18 Uhr wie folgt: „linker Demonstrant mutwillig angefahren - lebensgefährlich verletzt." Jedoch änderte sich bis 20 Uhr die Berichterstattung der Medien, mittlerweile wird die Tat zum Verkehrsunfall verharmlost.

Doch AugenzeugInnen berichten anders.

Mit Genehmigung der Stadt und geschützt durch ein massives Polizeiaufgebot, marschierten an diesem Tag etwa 3000 Neonazis im Stadtteil Dierkow auf und riefen fremdenfeindliche und nationalistische Parolen. Rostock hat seit 1992, wo im Stadtteil Lichtenhagen progromartige Angriffe auf ein Flüchtlingswohnheim stattfanden, einen besonders symbolischen Stellenwert für die Rechtsradikalen der NPD, folgten doch darauf zahlreiche Brandanschläge von Neonazis in Ost- und Westdeutschland. Die NPD wollte an diese anknüpfen und organisierte am vergangenen Samstag den Aufmarsch, der zugleich als Abschlußveranstaltung ihres Wahlkampfes für die Bundestagswahlen sein sollte. Hier gegen demonstrierten 10.000 Menschen auf vielfältige Art und Weise: zum einen wurde in Lichtenhagen ein Friedensfest gefeiert, zum anderen versucht, den Aufmarsch aktiv durch eine Gegendemonstration zu verhindern. Gegen letztere schritt die Polizei mit unangemessener Härte und zugunsten der Neonazis ein, mit der Folge, daß die NPD ungestört aufmarschieren konnte. Ein Großteil der Gegendemonstration war die ganze Zeit eingekesselt und es wurden willkürlich Leute herausgezogen und verhaftet.
Am Rande des Neonaziaufmarsches überfielen unter den Augen der Polizei, die nicht einschritt, circa 60 Neonazis ein Zirkuszelt, das als Koordinierungsstelle der Gegendemonstration genutzt wurde. Dabei wurden zahlreiche

BesucherInnen verletzt, unter ihnen 4 Kinder.
Erst als ein mit Neonazis besetztes Auto mit hohem Tempo, ohne zu bremsen und auszuweichen den oben genannten Antifaschisten anfuhr, griff die Polizei ein. Der Fahrer konnte flüchten. Das Opfer erlitt einen Schädelbasisbruch und Gehirnverletzungen und mußte notoperiert werden. Bis zum jetzigen Zeitpunkt liegt er im Koma.
Wir sind entsetzt und schockiert über die Geschehnisse und empört über das Verhalten der Polizei.
Es ist ein politischer Skandal, daß die verantwortlichen Gericht des Landes Mecklenburg Vorpommern die Veranstaltung der NPD genehmigte und den Aufmarsch der Rechtsradikalen nicht verhinderte.
Wir appellieren an die Presse genauer und detaillierter zu recherchieren und fordern eine genauere Aufklärung der Vorfälle.

Kontakt: 05862-7460 (Tel.)
05862-985991 (Fax)

ABRAXAS
PROJEKTWERKSTATT ... TREFFPUNKT

AbraXas
Jugend für Kunst, Kultur & Ökologie e.V.i.G.
Marschtorstrasse 56

29 451 Dannenberg
Tel & Fax 0 58 61 - 25 27
e-mail:abraxas@bund.net

Unsere Bankverbindung: T. Vogt, Stichwort AbraXas
Kto.Nr. 22 199 88 bei der Kreissparkasse Dannenberg BLZ 258 51 335
Wir sind gemein und nützlich. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Berlin, 19.9.'98

Mein liebes Tagebuch,

heute war ich in Rostock! Du weißt, daß ich mich kurzfristig entschloß. Wir waren eine zusammengewürfelte Gruppe, besser Fahrgemeinschaft. Ich kann mich mit denen auch deshalb im nachhinein nicht großartig austauschen. Aber andererseits gibt's auch nicht den Antifakummerkasten. An wen also soll ich mich sonst wenden?

Wir wurden 20 km vor Rostock von Maschinenpistolenbullen das erste Mal rausgewunken und unsere Personaldaten gesammelt. Das vermittelte mir einen ersten Vorgeschmack. Lange mußten wir auf das Eintreffen aller Busse etc. dann in Rostock warten. Andere waren auch teilweise sogar empfindlichen Schikanen ausgesetzt.

Und schließlich kam es zu einer Demo, wobei die Entscheidungsfindung zu der Art und Absicht der Demo für mich nicht nachvollziehbar waren. Es wurde wohl insgesamt während der ganzen Zeit zweimal zu Delegiertenplena aufgerufen. Aber wer sollte da überhaupt eine/- n delegieren bei uns? Wenn jedes kleine Grüppchen eine/-n schickt, dann steht da eine ebenso diskussionsunfähige Menge von Leuten am Lautsprecherwagen.

Wir müßten in solchen Situationen durch ad hoc gebildete Strukturen zu einer Handlungsfähigkeit kommen. Wieso bilden sich nicht schnell und kurzfristig Blöcke, die dann delegieren und bis zur Entscheidung zusammenbleiben?

Alle erwarten einen bereits festgelegten, durchplanten Ablauf. Aber das Gegenteil war der Fall. Ich hörte auch keinen konstruktiven Redebeitrag an die vielen PassantInnen. Alles schien einzig auf die Auseinandersetzung mit den Bullen und (wer glaubte das wirklich) den demonstrierenden Neonationalsozialisten konzentriert. Wir begannen nicht, die den Zufällen und planlosen Spontaneismus überlassene Situation, eigenverantwortlich und selbstbewußt gemeinsam zu organisieren.

Als eine große Menge Einzelne, mit sich allein, verharrten wir da und vermißten die Absprachen und den Überblick. Das zeigte die Durchsage vom Lautsprecherwagen: "Wir sind hier nicht die Demoleitung!" Eine solche schien völlig zu fehlen, weshalb sich einige an den Lautsprecherwagen wandten.

Die Rostocker Antifa schrieb in einem dort verteilten Flugblatt, daß sie "weg von dem Antifademo-Image (wollen)". Das Ziel wurde von uns zumindest voll verfehlt. Wir waren bald zu einem Wanderkessel gemacht worden. Der Einschluß der Demo bereitete überhaupt keine Schwierigkeiten, während zuvor noch versucht wurde die Bullenreihen zu durchbrechen, um die Neonazis zu erreichen. Ich habe Äußerungen gehört, daß mensch froh sei über die Anwesenheit der Bullen. Mir schaudert es auch bei der Vorstellung, daß die Stadt nur uns und den Neonazis überlassen gewesen wäre. Hätten wir uns in dem Falle ebenso unkoordiniert verhalten, dann wäre es zu einer Katastrophe gekommen. Wir haben die "rechtsstaatlich" domestizierten Bullen bekämpft und gleichfalls ihren Schutz gebraucht und auch angenommen. Dieses widersprüchliche Verhalten führt immer wieder zu Gesichtsverlusten in der Öffentlichkeit. Und ich kann das ebenfalls keiner/ -m vermitteln.

Weinende, umherirrende Leute wurden sich selbst überlassen, manche Leute von Wurfgegenständen verletzt, ganze Reihen soffen, einige konnten sich nicht mehr verständlich artikulieren. Der Bullenterror wurde noch durch diese eigene Scheiße verstärkt. Ich fühlte mich durch beides bedroht. Ein solidarisches und emanzipatorisches Verhalten ging darin unter. Wie lange kann ich das aushalten, wenn sowieso Streßsituationen herrschen? Wie oft kann ich mich immer wieder zur Teilnahme bewegen (lassen)? Wann setzt sich die Einsicht durch, "...daß der Kampf um Freiheit und Güte und Liebe nicht ohne Freiheit und Güte und Liebe geführt werden kann..."? Es bedeutet doch einen Zugewinn oder ist Radikalität damit etwa nicht vereinbar? Das alles ist leider keine neue Erfahrung, das weißt Du am besten.

Die Ängste, angestaute Wut, Verletzungen und körperliche Anstrengung hinterließen einen bitteren Nachgeschmack, weil es unter uns wenig gibt, was die Schmerzen lindert. "So geht das nicht weiter"



ERFOLGREICH

GEGEN NAZIS!

... ist die antifaschistische Aktion am Samstag, den 12.09.98 verlaufen, trotzdem man stundenlang im Regen ausharren mußte. Aber von Anfang an:

Am Freitag Nachmittag wurde bekannt, daß die NPD, die in Magdeburg nur eine Handvoll Mitglieder hat, auf dem Breiten Weg eine Kundgebung durchführen möchte.
Über Telefonketten, Flugblätter und Aushänge in Kneipen wurden so schnell wie möglich alle erreichbaren AntifaschistInnen informiert, so daß sich am nächsten Morgen etwa 70-80 Leute in der Innenstadt einfanden. Von der reichlich vorhandenen Polizei kam dann die Information, daß die NPD ihre angemeldete Versammlung abgesagt hätte und stattdessen versuchen würde, auf dem Domplatz ihre Aktion durchzuführen. Dort fand nämlich zu diesem Zeitpunkt eine Wahlkampfveranstaltung der SPD mit Gerhard Schröder statt, gegen den die Nazis unter der Parole „Schröder=Volksverräter" protestieren wollten. Vermutlich hatten die NPD-ler angesichts der Präsenz der AntifaschistInnen und ihrer eigenen Stärke (nur zwischen 15 und 30 Personen) Angst bekommen.

Auf dem Domplatz passierte dann allerdings fast nichts. Außer, daß in Begleitung eines SAT-1-Kamerateams und eines weiteren Mannes ein mit einem Fotoapparat ausgerüsteter NPD-Mann – vermutlich aus Magdeburg oder näherer Umgebung – auftauchte. Dieser hatte wohl die Aufgabe, die Lage vorort an die in der Nähe wartenden Kameraden weiterzugeben und AntifaschistInnen zu fotografieren. Er wurde jedoch sofort erkannt, da er vor einigen Wochen an einem kleinen NPD-Aufmarsch in Tangerhütte als Ordner teilgenommen hatte. AntifaschistInnen griffen ihn daraufhin an und vertrieben ihn und seinen Begleiter.
Währenddessen hatten sich am Universitätsplatz 10-15 Nazi-Skins versammelt, die wahrscheinlich auf Informationen vom Domplatz warteten. Da weder diese noch die 20 AntifaschistInnen, die kurze Zeit später am Uni-Platz aus der Bahn austiegen gutes verhießen, flüchteten die Nazis. Damit stand dann endgültig fest, daß das NPD-Vorhaben, in Magdeburg öffentlich aufzutreten, gescheitert war.

Abschließend ist festzustellen, daß trotz der Größe des rechten Umfeldes die organisierten Nazis in Magdeburg noch recht isoliert und schwach sind. Auch zu auswärtigen Aufmärschen fahren nur wenige Nazis aus Magdeburg mit. Mit unseren Aktionen können wir – das hat der 12.09. deutlich gezeigt – die Nazis an der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen in Magdeburg hindern.

Voraussetzung dafür ist aber, daß sich möglichst viele AntifaschistInnen an den Telefonketten beteiligen. Falls ihr daran Interesse habt, kommt doch einfach mal bei **viento contrario** vorbei. Dort treffen sich jede Woche 30-40 linke SchülerInnen, StudentInnen und andere Leute, tauschen Informationen, gucken Filme zu Antifaschismus, Atomtransporten und anderen Themen, diskutieren und planen kleine eigene Aktionen. **viento contrario** findet jeden Donnerstag um 17.00 Uhr in der Cafeteria der Fachhochschule, Maxim-Gorki-Straße 31-37 statt.

Die revanchistische Landsmannschaft Schlesien veranstaltete am 13.9. im Kongreßhaus in Coburg eine Tagung. Diese Organisation arbeitet für die zuruckgewinnung ehemals annektierter Gebiete. Als Etappenziel haben sie sich die Vertriebenenverbände die Erweiterung der Privilegien für die entsprechende "deutschstämmige" Minderheit gesetzt Diese Arbeit wird zusammen mit Bundesministerien ausgeführt. So soll zB. die EU-Mitgliedschaft an ein Rückkehrrecht für (meist aus gutem Grunde) Vertriebene geknüpft werden. Das Werk der Zuruckgewinnung ehemals annektierter Gebiete, von der extremen Rechten begonnen, wird von der deutschen Industrie und Politik fortgesetzt. Billig ausbeutbare Arbeitskraft und lockere Schadstoffregelungen geben fur viele Unternehmen und Konzerne den Ausschlag. Nationalismus und Revanchismus sind der ideologische Unterbau nicht mehr und nicht weniger . Die Gegfährlichkeit der Vertriebenenverbände geht vor Allem von der Zusammenarbeit mit den Herrschenden aus, die innen oft immense Finanzbudgets verschaffen.
Wir wollten diesem Treiben nicht weiter zuschauen und verübten daher in der Nacht vorher einen Buttersäureanschlag auf das Kongreßhaus. Verhindern konnten wir leider dadurch nichts, aber zumindest mußten sie gut durchlüften.
Solidarische Grüße an die GenossInnen die den RevanchistInnen am "Tag der Heimat" entgegenstanden.

ein paar Leute denen es stinkt!



Bericht eines Antifaschisten aus der Gegend.

Gedächtnisprotokoll der Aktionen gegen den geplanten bundesweiten Großaufmarsch der NPD/JN in Göppingen (Baden-Württemberg).

Nach überstandener Vorkontrolle einen Ort vor Göppingen kamen wir um ca. 13°°Uhr dort an. Der Weg zum Treffpunkt am Bahnhof nahm nochmal ca. 20 Minuten in Anspruch, so daß wir kurz vor 13.30°°Uhr dort ankamen.
Wie ein Treffpunkt sah es dort erstmal nicht aus. Große Mengen Bullen und ein paar Grüppchen Leute aus dem antifaschistischen Spektrum standen locker verteilt in der Gegend rum.
Von GenossInnen vom VVN wurden wir zum Schillerplatz verwiesen, wo eine Kundgebung mit anschließender Demo stattfinden sollte.
Andere warnten uns, es wären überall Faschos in der Stadt und so begaben wir uns auf dem direktesten Weg zum Schillerplatz.
Dort waren etwa 600 Menschen versammelt, viele Göppinger BürgerInnen, VVN- und K-Gruppen, aber auch die wahlkämpfenden Parteien wie SPD oder FDP, weiter noch GewerkschafterInnen und kirchliche Gruppen, Frauengruppen und paar APPD-lerInnen. Also ein ziemlich buntes Bild, in dem nur die Antifas fehlten.
Nach der Kundgebung, bei der alle ihre Redebeiträge gehalten hatten, fand eine ziemlich schlappe Demo weit entfernt vom Platz der NPD-Auftaktkundgebung statt.
(Keine Sprüche oder Parolen...)
Im Anschluß daran suchten wir dann die Antifas und fanden ein paar Ortskundige,
die uns den Weg wiesen zu den anderen.
Wir trafen auf eine Kreuzung, an der sich Antifas und Bullen gegenüberstanden.
Es war 15.30°°Uhr, die Nazis waren ungefähr 60 Leute mit NPD- und schwarzweißroten Fahnen. Sie standen in einem Bullenkessel, alle Kreuzungen drumherum waren von Antifas und GenossInnen aus anderen Teilen der Welt besetzt, etwa auch 500-600 Leute, war schwer zu schätzen weil wir so verteilt waren. Also waren mit dem bürgerlichen Bündnis ungefähr 1200-1500 antifaschistisch eingestellte Leute auf der Straße. Eindeutig in der Überzahl waren aber die Gestalten in den grünen Gewändern. Trotz der Tatsache daß Göppingen eine Polizeikaserne hat, war Polizei aus ganz Baden-Württemberg versammelt, ca. 2000 BullInnen.
Kurz nach unserem Eintreffen begannen die Bullen den Nazis den Weg für ihren Marsch freizuprügeln/drücken. Nach einer Stunde waren die Nazis ca. 5om weit gekommen.
Es was ein Mordsgequetsche bis zur Atemnot und in der weiteren Folge ein Hase und Igel-Spiel, weil es uns gelang, immer neue Kreuzungen zu besetzen, die die Bullen unter großem Zeitaufwand wieder räumten. Es gab schon ein paar hässliche Szenen, aber insgesamt hielten sich die Bullen mit Schlagstockeinsätzen zurück. Die Demoteilnehmerinnen verhielten sich nach meinen Eindrücken sehr besonnen, es wurde im großen und ganzen aufeinander geschaut, daß niemand umkippt etc. Es gab aber trotzdem einige Festnahmen, wobei sich auch die zahlreich vertretenen Zivis hervortaten, die z.T. von den Antifas kaum zu unterscheiden waren.(Jeans, dunkle Jacken, Kapuzenpullis, Sonnenbrille, lange Haare...)
Laut Berichten Umstehender haben die sich auch als Agent-Provocateurs betätigt, d. h. Flaschen geworfen etc.
Eine versuchte Festnahme konnten wir beobachten, wobei sie sich aber wohl ein paar Blessuren geholt haben.
Um 18.30°°Uhr waren die Nazis dann ca. 100 m vor dem Platz ihrer Abschlusskundgebung. Da dieser aber vollständig besetzt war von Antifas, gaben die Bullen auf und lösten den Naziaufmarsch auf. Die Nazis mussten sich von zwei Polizeibussen aus der Stadt bringen lassen, peinlich, peinlich.
Um ca. 19.30°°Uhr, als wir uns vergewissert hatten, dass kein Nazi mehr zum Bahnhof geht, sind wir dann nach Hause gefahren.
Zusammenfassend können wir sagen:

- Die Unterstützung der Antifas durch die Göppinger BürgerInnen war bemerkenswert, weil ja wohl nicht selbstverständlich.
- Sehr erfreulich war die Tatsache, daß sich so viele Jugendliche an den Antifaaktivitäten beteiligten.(The Kids are alright in Göppingen)
- Ohne die Bullen wäre an diesem Tag kein Nazi auch nur bis Göppingen gelangt. 2000 Bullen mussten 60 Nazis 4 Stunden lang 500m durch die Stadt prügeln .
- Von der Nazikundgebung hat wohl kein Mensch ein Wort verstanden, wir waren eindeutig lauter.
- Laut Berichten sind viele Nazis nicht durchgekommen zu ihren Kundgebungsplatz, einige bekamen auch satt aufs Maul und mussten abziehen.
Auf unserer Seite gab es insgesamt 63 Festnahmen, von denen Einige erst am nächsten Tag freikamen.

Antifa Ravensburg
Http://www.geocities.com/CapitolHill/Senate/5214/



Redebeitrag auf der *Demonstration gegen Abschiebung* in Büren am 30.8.98

Wir demonstrieren heute zum fünften Mal in dieser Stadt.
Wie in den vergangenen Jahren auch fordern wir die sofortige Abschaffung dieses und aller anderer Abschiebeknäste und die sofortige Einstellung aller Abschiebungen. Aber machen wir uns nichts vor: wir alle wissen nur zu gut, daß die Verwirklichung dieser Forderungen derzeit ~~in weiter Ferne~~ liegt.
Egal ob wir hier heute 500 oder 5000 Leute sind, egal wie die Wahlen ausgehen, egal ob die Menschen in den Abschiebeknästen revoltieren oder sich umbringen: Abschiebeknäste und -als grün-modifizierte Variante- Abschiebelager sind inzwischen festverankerte Wachtürme im Standort Deutschland. Das reibungslose Funktionieren der Abschiebemaschinerie liegt einem großen Teil der einheimischen deutschen Bevölkerung ebensosehr am Herzen wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder pünktliche Start der Bundesligasaison. Das Wort "Abschiebung" ist in den vergangenen Jahren zunehmend zum Zauberwort für die Lösung aller Probleme geworden. Der heutige Stammtischbruder und Politiker fordert nicht mehr "Kopf ab!" sondern "Abschiebung!", Abschiebung wird zur neuen pädagogischen Variante der Maßregelung nichtdeutscher Jugendlicher und Kinder, finanzschwache Kommunen suchen ihr ökonomisches Heil in der Abschiebung von Flüchtlingen und der deutsche Ehemann entledigt sich seiner nicht mehr erwünschten ausländischen Ehefrau elegant per Abschiebung.

Weitgehend ohnmächtig mußten wir in den vergangenen Jahren mitansehen, wie Menschen ohne deutschen Paß und insbesondere Flüchtlingen Schritt für Schritt grundsätzliche Rechte entzogen wurden: die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl; der Zwang für Flüchtlinge, in Lagern leben zu müssen und das Verbot, die zugewiesene Gemeinde zu verlassen; die Freiheitsberaubung der Menschen in Abschiebehaft; das faktischen Arbeitsverbot für Flüchtlinge bei gleichzeitiger Zwangsarbeit für die Sozialämter; die massive Kürzung der Sozialhilfe und häufig die Vorenthaltung von Bargeld; die massive Einschränkung des Rechts auf medizinische Versorgung; der Visumszwang für ausländische Kinder, die Ausweitung der Abschiebungsgründe. Diese Aufzählung ist vermutlich unvollständig. Spätestens seit der Diskussion und Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes in diesem Frühsommer sollte jeder und jedem klargeworden sein, daß es in diesem Land keine Tabus mehr gibt, wenn es darum geht, die unerwünschten Menschen loszuwerden. Einem Staat, in dem wieder offen darüber nachgedacht wird, wie eine ganze Gruppe von Menschen legal ausgehungert werden kann, ist alles zuzutrauen. Anläßlich der brutalen Massenabschiebungen bosnischer Menschen aus Berlin im Juli d.J. fühlte sich Hans Koschnick, EU-Verwalter von Mostar und SPD-Mitglied, an "Gestapo-Zeiten" erinnert. Wir fühlen uns schon viel länger an Gestapo-Zeiten erinnert:

bei jeder gewaltsamen Abschiebung im Morgengrauen, bei jeder Auslieferung schutzsuchender Flüchtlinge an den Verfolgerstaat, bei der Einrichtung von Massenlagern für Flüchtlinge, bei der Durchführung von Sonderdeportationsflügen in extra dafür gecharterten Flugzeugen, bei den systematischen Mißhandlungen sich gegen ~~ihre~~ die Abschiebung wehrender Menschen durch den Bundesgrenzschutz bei den verdachtsunabhängigen willkürlichen und rassistischen Kontrollen durch BGS und private Sicherheitsdienste, bei der zunehmenden Angewiesenheit von Menschen auf seriöse und unseriöse Fluchthilfeorganisationen, bei der erneuten Planung von Lagern im Osten - diesmal im Folterstaat Türkei - zur Internierung von Flüchtlingen aus Asien, und nicht zuletzt bei dem reibungslosen, effektiven und gut organisierten Funktionieren all dessen fühlen wir uns an Gestapo-Zeiten erinnert.

Die Schriftstellerin Inge Deutschkron, Autorin des Buches "Ich trug den gelben Stern", vermißte nach den Massenabschiebungen in Berlin den "Aufschrei" in der Öffentlichkeit. Wir haben aufgehört, auf den Aufschrei zu warten. Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß egal was mit MigrantInnen und insbesondere Flüchtlingen in diesem Land passiert, der große, der empörte Aufschrei ausbleiben wird.

Flüchtlinge

Kölner Appell gegen Rassismus

2500 begrüßten Karawane

ND 21.9.98

Köln (ND-Gerhard Klas). Mehr als 2500 Menschen demonstrierten am Sonnabend unter dem Motto »Wir haben keine Wahl, aber wir haben eine Stimme« in Köln. Eine Woche vor der Bundestagswahl beteiligten sich viele Migranten- und Flüchtlingsorganisationen, sowie zahlreiche Unterstützer aus der ganzen Bundesrepublik an der Abschlußdemonstration der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen«.

»Die Stimmung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren verschärft«, lautet das Resümé der Teilnehmer an der Karawane, die seit Mitte August durch 44 Städte der Bundesrepublik gezogen ist. Adnan Keskin vom »Kölner Appell gegen Rassismus« betonte, daß »Rassismus nicht nur ein Problem der Flüchtlinge und MigrantInnen, sondern der ganzen Gesellschaft« sei. Deshalb wären alle aufgefordert, für »Demokratie und die Würde der Menschen« einzutreten. Dazu gehörten auch die vollen Bürgerrechte für Migranten, die schon seit Jahrzehnten hier lebten, erklärte Keskin. Die rigide Ausländer- und Asylpolitik, die auch dann nicht vor Abschiebungen absehe, wenn den Betroffenen im Zielland Folter, Gefängnis oder sogar Tod drohen, lasse vielen Flüchtlingen keine andere Wahl, als in die Illegalität abzutauchen.

John Stewart, ein Gast der britischen Flüchtlingsorganisation NCADC, verdeutlichte die europäische Dimension dieser Ausländerpolitik. Auch dort habe sich die jährliche Abschieberate um mehr als 20 Prozent erhöht.

Eva Schaaf, eine Sprecherin der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, sprach an, daß es in Nordrhein-Westfalen gelungen sei, seit Januar mit dem Wanderkirchenasyl die Abschiebung von mehreren hundert kurdischen Flüchtlingen zu verhindern. Zur Zeit befänden sich 240 von ihnen in insgesamt 50 evangelischen und katholischen Gemeinden. Am Sonntag veranstaltete die Karawane einen bundesweiten Abschlußkongreß, der bis in die frühen Abendstunden andauerte.

Angesichts dieses Zustandes unserer Gesellschaft erscheint uns angemessener Widerstand in weiter Ferne.
Trotzdem werden wir weiterhin das Schweigen über die menschenverachtende und immer öfter tödliche Asylpolitik dieses Landes brechen. Nicht, weil wir denken, daß die Veröffentlichung dieser Zustände zu einem Aufschrei führen wird, sondern weil wir uns nicht zu einem Teil des Schweigens machen wollen. Wir werden auch weiterhin den Flüchtlingen unsere Solidarität zeigen und sie aktiv in ihren Auseinandersetzungen unterstützen. Denn während sich deutsche AntirassistInnen entscheiden können, ob sie resignieren oder kämpfen wollen, haben MigrantInnen und Flüchtlinge nicht diese Wahl. Ihnen wird der Kampf um das Bleiberecht und gegen die herrschende Ausgrenzungspolitik im alltäglichen Leben aufgezwungen. Die Widerstandsformen, die sie wählen, sind notgedrungen vielfältig, angefangen von dem bloßen Beharren auf dem Hierbleiben über Revolten und Aktionen in Lagern und Abschiebeknästen bis hin zum Wanderkirchenasyl oder der Karawane.

Bei unserer Solidarität und Unterstützung sollten wir jedoch endlich unsere Halbherzigkeit und Untätigkeit aufgeben, wenn es darum geht, die Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen in diesem Land wahrzunehmen. Ihr Alltag und ihre Widerstandsmöglichkeiten sind nicht nur von Rassismus und ökonomischer Ausbeutung geprägt sondern darüberhinaus von sexistischer Unterdrückung und Gewalt nicht nur durch deutsche Männer. Vor einer ernsthaften Auseinandersetzung damit haben sich die gemischtgeschlechtlichen antirassistischen Zusammenhänge bisher erfolgreich gedrückt. Eine bundesweite Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuß könnte ein erster kleiner Schritt in der Solidarisierung mit den Frauen sein.

Schließlich-und damit komme ich auch zum Ende- wollen wir in diesem Staat und in dieser Gesellschaft Widerstand leisten, weil wir trotz allem und immer noch an unseren Vorstellungen von einem Leben jenseits von Rassismus, Ausbeutung und Sexismus festhalten. Auch deshalb bleiben wir hartnäckig und allen Machbarkeits- und Vernunftargumenten zum Trotz bei unseren Forderungen:

-Weg mit allen Sondergesetzen gegen MigrantInnen!

-Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen!
-Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund!
-Schluß mit Abschiebehaft und Abshciebungen!
-Wider den sexistischen und rassistischen Normalzustand!
-Grenzen auf!

Antirassismus

Keine Akzeptanz der eigenen Illegalität

Flüchtlinge wollen wieder sichtbar werden

Von Gerhard Klas

ND 23.9.98

Fünf Wochen war sie bundesweit unterwegs – die »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten«. Nach ihrer Ankunft am vergangenen Wochenende in Köln faßten Teilnehmer und Sympathisanten ihre Erkenntnisse auf einer Konferenz zusammen.

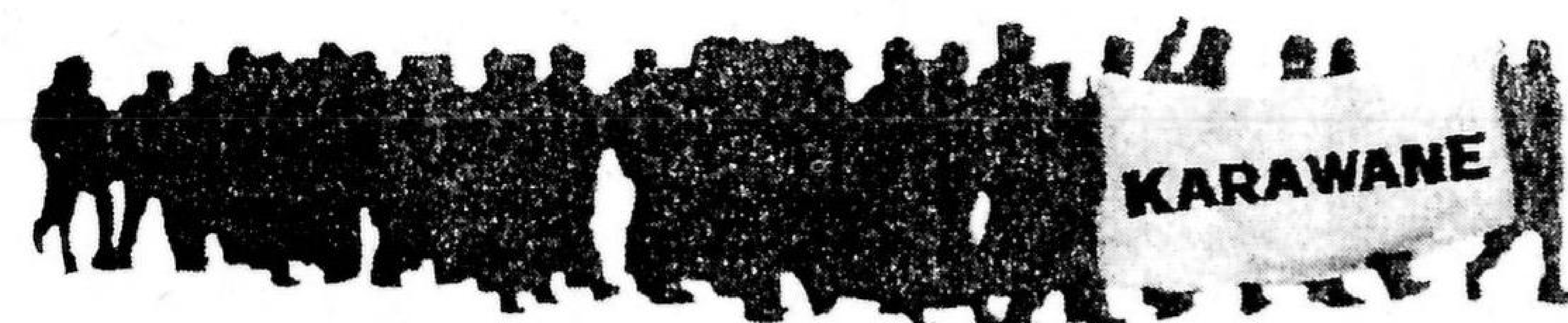
Rassistische Politik setzt an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft an«, erklärte ein Sprecher der französischen Bewegung der »Illegalen«, der Sans Papiers, die dank beharrlicher Aktionen in ihrem Land immerhin die Legalisierung von rund 35 000 Menschen erreicht hat. Das sei der Beginn einer Entwicklung, die immer größere Teile der Gesellschaft erfasse. »Bevor wir jedoch von Widerstand sprechen, müssen wir uns sichtbar machen«, meinte der »Ausweislose« und forderte die 200 Konferenzteilnehmer auf, nie zu akzeptieren, »versteckt leben zu müssen«.

»Flüchtlinge leiden vor allem unter dem staatlichen und von vielen Parteien geschürten Rassismus,« so Iman Kaya, Vertreter der »Föderation für demokratische Rechte in Deutschland«. »The Voice«, eine Flüchtlingsorganisation aus Thüringen, die sich aus afrikanischen Mitgliedern zusammensetzt, hat den Kampf gegen die Isolation von Asylbewerbern in Auffanglagern ins Zentrum ihrer Aktivitäten gestellt.

Für das nächste Jahr wurde »ein langer, heißer Sommer gegen Rassismus« angekündigt, in dessen Mittelpunkt der Kampf gegen die Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern und gegen Abschiebungen stehen soll. Einige Teilnehmer sprachen sich dafür aus, die Proteste der Flüchtlinge in die Aktivitäten gegen den Gipfelsommer in Köln zu integrieren, wo im Juni 1998 der EU- und Weltwirtschaftsgipfel stattfinden wird.



Foto von „Thorsten Behrens", Spitzel im „Dritte-Welt-Haus e.V." in Frankfurt/Main und im Karawanen-Bündnis (siehe Interim 459, Seite 28).



»Wir haben keine Wahl - aber eine Stimme«

20 Prozent der Münchner dürfen am 13. September nicht abstimmen

VON MICHAEL BACKMUND UND STEPHAN GREGORY

München im Spätsommer. Jetzt beginnt die heiße Wahlkampfphase. An allen Straßenecken der Stadt wird auf Plakaten um jede Stimme geworben. Um fast jede: 20, 2 Prozent, 261 939 Münchner sind zwar Wahlkampfthema, haben aber nichts mitzureden – so die neusten Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt München. Zu ihnen gehört Joseph Mbongo-Mingi (33). Vor fünf Jahren zwang die Mobutu-Diktatur im damaligen Zaire den Bauingenieur zur Flucht.

Seitdem hat er mehrere Wahlkämpfe miterlebt und jedes Mal die Erfahrung gemacht, daß „Ausländer" und „Flüchtlinge" nur als Objekte von Polemik vorkommen.

„Alle reden über Ausländer, also auch über dich, erzählen Unverschämtheiten und mißbrauchen dich für ihre politischen Ziele, – aber du selbst hast keine Chance, darauf zu antworten." Das hat Mbongo-Mingi schon lange geärgert.

Über den aktuellen Wahlkampf ist die stellvertretende Leiterin der Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit in München empört: "Viele Politiker instrumentalisieren Migranten und mobilisieren rassistische Emotionen und Vorurteile, um von der eigenen Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot abzulenken", sagt Chong-Sook Kang enttäuscht: „Statt ein friedliches Zusammenleben zu fördern, wird polarisiert."

Seit Ende März treffen sich im Bürgerhaus Isarvorstadt Migranten der ersten und zweiten Generation aus Lateinamerika, Indien oder Iran mit Flüchtlingen aus Togo, Kongo, Ruanda, Sri Lanka, Kurdistan, Türkei – als „Karawane" wollen sie sich im Wahlkampf Gehör verschaffen (siehe Kasten). Zunächst mußte erst einmal eine Gesprächsbasis gefunden werden, erzählt Joseph Mbongo-Mingi. An einem Tisch sitzen und diskutieren plötzlich Menschen, die sich in vollkommen verschiedenen Situationen befinden:

Frauen, die ein „eigenständiges Aufentaltsrecht" unbhängig von ihren Männern fordern, Bürgerkriegsflüchtlinge, die deutsche Waffenlieferungen in die Krisengebiete ihrer Heimat kritisieren, junge Münchner, die hier geboren und doch „Ausländer" ohne deutschen Paß sind und Asylbewerber, die in der Angst vor Abschiebung und Folter in ihrer Heimat leben. Was sie alle verbindet, sind alltägliche Demütigungen, Sprüche in der U-Bahn und ein Wahlkampf, bei dem nur über sie, aber nicht mit ihnen gespochen wird.



Für die Rechte der Flüchtlinge: Am Gollierplatz im Westend traf sich die Karawane – und zog zum Marienplatz. Fotos: Daniel Hintersteiner

Sprachprobleme tragen dazu bei, daß Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern sich bisher nicht mit größerer Selbstverständlichkeit zu einer Interessenskoalition zusammengefunden haben. Anders als in Frankreich oder Großbritannien, wo die meisten Immigranten aus ehemaligen Kolonien kommen, in denen französisch oder englisch gesprochen wird, ist die deutsche Sprache für die meisten, die hierher kommen, eine wirklich fremde Sprache.

Doch auch dafür gibt's eine Lösung. Man verständigt sich auf Deutsch, bei Bedarf wird übersetzt. An einem Abend war sogar Französisch die Verkehrssprache: damit die deutschen Teilnehmer auch einmal merken, was es heißt, nicht alles zu verstehen.

Das Eintreten von Münchner Flüchtlingen für ihre Rechte, sagt Mbongo-Mingi, wird durch eine ganze Reihe behördlicher Schikanen erschwert. So müssen Asylsuchende fürchten, abgeschoben zu werden, wenn sie nicht „politisches Wohlverhalten" zeigen. Viele haben daher Angst, auch nur eine Demonstration gegen alltägliche Diskriminierung zu besuchen. Dazu kommt die sogenannte „Residenzpflicht", die es Asylsuchenden verbietet, das Stadtgebiet bzw. den Landkreis zu verlassen. Eine Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen ist damit fast unmöglich. Im Amtsdeutsch heißt das dann „Verstoß gegen das Ausländergesetz".

»Flüchtlinge müssen Resignation überwinden«

„Doch der wichtigste Aspekt unserer Treffen", sagt Mbongo-Mingi, „ist, daß Flüchtlinge und Migranten ihre Resignation überwinden und sich für ihre eigene Sache zu engagieren beginnen." Durch das Warten auf die Anerkennung oder Abschiebung, durch den endlosen Ärger mit den Behörden und die Schwierigkeiten, sich in einer weitgehend feindseligen Umgebung über Wasser zu halten, sind viele so zermürbt, daß sie sich überhaupt nicht mehr vorstellen können, aus eigener Kraft etwas zu verändern.

„Wenn man drei oder vier oder fünf Jahre lang immer wieder zum Münchner Kreisverwaltungsreferat muß, und immer wieder nur eine Verlängerung für ein oder zwei oder vier Wochen bekommt, dann verliert man die Hoffnung, hierbleiben zu können", sagt Joseph Mbongo-Mingi: „Man kann sich aber auch nicht darauf einstellen, zurückzugehen. Man ist weder hier, noch dort. In einer solchen Situation ist man wie gelähmt und glaubt, gar nichts tun zu können."

Das Gefühl der Ohnmacht, ist, wie Mbongo-Mingi in vielen Gesprächen erfahren hat, eine allen Flüchtlingen gemeinsame Erfahrung, die durch die gesellschaftliche Isolation und die Internierung in den Flüchtlings-Unterkünften noch verstärkt wird. Die Treffen sollen Mut machen – ein kleiner Anfang.

Aus diesem Grund versucht die Initiative auch neue Umgangsformen im Verhältnis von Migranten und Deutschen zu finden. Denn die klassische, humanitäre Flüchtlingsarbeit erschöpft sich nach Ansicht von Joseph Mbongo-Mingi häufig in der Bestätigung feststehender Bilder: Unterstützer, die sich in der Rolle von Helfern und Wohltätern gefallen, schaffen sich für ihre Zwecke eine Vorstellung vom „hilflosen Flüchtling", dem man wie einem Neugeborenen alles abnehmen muß.

Umgekehrt finden es manche Flüchtlinge ganz bequem, sich diesem Bild zu fügen: Sie verlassen sich darauf, daß die Deutschen alles für sie erledigen, und merken nicht, daß sie dabei entmündigt und nicht ernst genommen werden. „Natürlich", sagt Mbongo-Mingi, „wollen wir eine Zusammenarbeit mit deutschen, antirassistischen Gruppen. Aber sie muß auf gegenseitigem Respekt beruhen, nicht auf Bevormundung."

Jetzt wollen die, die keine Wahl haben, sich endlich auch zu Wort melden. Für Joseph Mbongo Mingi ein Anfang: „Das Entscheidende ist, daß wir unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Man redet über uns, man redet für uns, jetzt wird es Zeit, daß wir für uns selber laut und in der Öffentlichkeit sprechen. Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme."

INTERIM

Redefreiheit für Isaac Velazco!

Am 5. Mai 98 durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamtes und der Bundesanwaltschaft (BAW) in Hamburg die Wohn- und Arbeitsräume des Europasprechers der peruanischen MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru), Isaac Velazco, und der Menschenrechtsaktivistin Ada Beráun. Zahlreiche Arbeitsmaterialien, darunter sämtliche handschriftlichen Unterlagen, alle Disketten sowie Videokassetten und Fotos wurden beschlagnahmt. Die Festplatte des Computers wurde kopiert. Der Vorwurf des Durchsuchungsbeschlusses lautete auf "erpresserischen Menschenraub" und "Geiselnahme". Die beiden Aktivisten sollen von Hamburg aus die Besetzung der japanischen Botschafterresidenz in Lima mitgeplant und sich an der Durchführung beteiligt haben.

Isaac Velazco und Ada Beráun verstehen es als ihre Aufgabe, die internationale Öffentlichkeit über die Vorgänge in Peru, die Menschenrechtsverletzungen und den Kampf gegen das diktatorische Regime Alberto Fujimoris zu informieren. Diese Arbeit wird durch die Beschlagnahmungen und das eingeleitete Ermittlungsverfahren erheblich behindert und gefährdet. Die Bundesanwaltschaft erwägt, Haftbefehl zu erlassen, die Ausweisung Isaac Velazcos an Peru, das bereits einen Auslieferungsantrag gestellt hat, droht.

Wir protestieren gegen diesen neuerlichen Versuch, die politische Arbeit der peruanischen Aktivisten zu verunmöglichen, der zugleich eine Gefährdung des Lebens von Isaac Velazco darstellt. Velazco, der als anerkannter politischer Flüchtling in Deutschland lebt, wurde in drei verschiedenen Gerichtsverfahren in Peru in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine Auslieferung an den Folterstaat Peru käme einem Todesurteil gleich.

Die Hausdurchsuchung steht in einer Reihe von staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Isaac Velazco. Anfang des vergangenen Jahres prüfte die BAW die Möglichkeit, die MRTA-Europavertretung zur terroristischen Vereinigung zu erklären. Seit etwa einem Jahr bemühen sich die bundesdeutschen Behörden, Isaac Velazco ein politisches Betätigungsverbot zu erteilen.

Der erneute Versuch, ihn zum Schweigen zu bringen, geschah zu einem Augenblick, an dem in Peru die politischen Gefangenen aus der MRTA im Hungerstreik waren. Diesen Weg, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, sahen sie als letzte Möglichkeit, ein drohendes Massaker des peruanischen Staats zu verhindern und menschenwürdige Haftbedingungen durchzusetzen. Der Öffentlichkeitsarbeit des MRTA-Europavertreters kommt gerade in dieser Situation besondere Bedeutung zu. Die Aktionen der Bundesbehörden dürften auf Initiative des peruanischen Regimes zurückgehen, mit dem die Bundesrepublik in enger geheimdienstlicher Zusammenarbeit steht.

Wir fordern die Bundesanwaltschaft auf, das Verfahren unverzüglich einzustellen und die beschlagnahmten Materialien zurückzugeben! Kein politisches Betätigungsverbot für Isaac Velazco!

Bislang haben unterschrieben: Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand; Initiative "Kein Maulkorb für Isaac Velazco!", Hamburg; Chile AG, Braunschweig; AFA (Anti-fascist Action), Oslo; AG Junge GenossInnen, Donaueschingen; Amandla Awethu (Power to the People), Südafrika; Antifaschistische Aktion Schwarzwald-Baar; Arbeitskreis Lateinamerika, Hannover; Archiv e.V., Potsdam; Autonome Antifa M, Göttingen; Autonomes Zentrum Blitz, Oslo; Betlume Institute for Anti-Fascist Studies, Kanada; Coordinadora contra la Represión Political e Institucional (CORREPI), Argentinien; Cuba Si, Braunschweig; Cuba Si, Weimar; Cuba Si, Wiesbaden; Cubagruppe Freiburg; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsgegnerInnen, Frankfurt/M.; DKP München, Kreisvorstand; El Rojito, Hamburg; Euromarschbündnis, Dresden; Fantifa Olga B., Hamburg; Flüchtlingsrat Hamburg; Free Radio Environment of Eastern Kansas, USA; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Göttingen; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Köln; Gruppe Demontage, Hamburg; Alternatives Medienbüro, Dresden; Gruppe Internationale, Berlin; Gruppe Venceremos, Berlin; Guatemala-Komitee, Berlin; Hochschulantifa Hamburg; Infoladen Leipzig; Institut für Migration und Rassismusforschung, Hamburg; Internationale Zeitung YA BASTA, Dresden; Komitee Freiheit für Patricio Ortiz, Zürich/Schweiz Movimiento Patria Libre (MPL), Paraguay; National Coalition of Anti-Deportation Campaigns, Birmingham/UK; OSEPP (Organization for Sensible and Effective Prison Policy), Südafrika; PDS/LL Kreisvorstand Braunschweig; Pressearchiv/Buchladen, Leipzig; Radio Freies Sender Kombinat, Hamburg; ReferentInnenrat der Humboltuniversität Berlin; SACAR/Salmon Arm Coalition Against Racism, Kanada; SACOPS (South African Communities Organizing for Public Safety), Südafrika; SJD - Die Falken, LV Brandenburg; SODA (Solidaridad desde afuera), Dresden; Sol Cuba, Nürnberg; Solidaritätskomitee Peru, München; Soziales Zentrum Norderstedt; TeilnehmerInnen des 7. Bundeskongresses der Cuba Solidarität in Hamburg; Volxcafe an der Uni Hamburg

Unterschriften bitte bis zum 15.10.98 an: Rote Hilfe, PF 306 302, 20329 Hamburg, Fax 040/4390812; unterzeichnende Gruppen werden um eine Spende von mindestens 30 Mark gebeten: Rote Hilfe, Stichwort Velazco, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 846 102 [illegible]3

Ausstellung

14 Tafeln, 100x140 cm
Fluchtursachen, §57 AuslG,
Bedingungen in der Abschiebehaft:
Theorie und Praxis,
Pro & Contra, Einzelfälle u.v.m.

Bestelladresse:
Flüchtlingsrat Leipzig e.V.
Magazingasse 3
04109 Leipzig
Tel./Fax: 03 41 / 9 61 38 72



Broschüre

64 Seiten
Ausstellungstexte,
Artikel der Abschiebehaftgruppe,
Dokumente, Presseberichte

Preis:
7,- DM
ab 5 Exemplare 5,- DM
(inkl. Porto)

radikal für Freiheit

Spektakel gegen autoritäre Politik
2. bis 4. Oktober in Frankfurt (O)

2. Oktober

19 Uhr **Podiumsdiskussion: Freiheit stirbt mit Sicherheit**
u.a. mit Forschungsgesellschaft Flucht & Migration, Cilip, Kampagne gegen Werpflicht, Antifa-Infoblatt und JES

22 Uhr Party

3. Oktober

11 Uhr Arbeitsgruppen:
- **clock work orange: Politisches Strafrecht in der BRD**
- **power to the pupils: Für das politische Mandat**
- **Soldaten sind Mörder: Kriminalisierung von AntimilitaristInnen**
- **Gegen rechts und Ordnung: Perspektiven der Antifa-Arbeit**
- **Schnüffeln macht süchtig: Geheimdienste abschaffen!**
- **Let's talk about...: Pornographie & Prostitution**
- **Mein Bauch gehört mir: Familienpolitik und § 218**

16 Uhr Arbeitsgruppen
- **Strahlende Zukunft: Kriminalisierung der Anti-Atom-Bewegung**
- **Recht auf Faulheit: Gegen den autoritären Sozialstaat**
- **Kein Mensch ist illegal: Asylrecht und staatlicher Rassismus**
- **Mach meinen Dealer nicht an: Drogenverbote & Dealer-Hysterie**
- **Fast vergessen: KommunistInnenverfolgung in der BRD**
- **Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland: Nationalismus**
- **Alle sind verdächtig: Europäischer Polizeistaat**

21 Uhr Konzert & Party

4. Oktober

11 Uhr **Aktion „Kein Mensch ist illegal"**

Veranstaltungsort: Jugendclub Mikado, Frankfurt (Oder)
Teilnahmebeitrag: 30,- DM (incl. Essen, Übernachtung,...)
Anmeldung: JungdemokratInnen / Junge Linke Berlin
Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin
Fon / Fax (030) 24729747
www.jungdemokraten.de



Der Gang zum Sozialamt ist für die Flüchtlinge eine demütigende Tortur. Dieser Tortur können die Flüchtlinge nur entgehen, wenn sie erst gar keine Anliegen vorbringen, sondern lediglich ihrer Erscheinungspflicht genügen, um die monatlichen Bescheide entgegenzunehmen. Oft werden sie dort zum Unterschreiben von Papieren genötigt und wissen nicht, um was es geht, aber die Unterschrift wird ihnen als ein "Muss" abverlangt und gilt dann als "Einverständnis".
Die auch für Übersetzungen zuständige kroatische Angestellte stellt sich nach Darstellung von Flüchtlingen taub, wenn es um die Übersetzung ihrer Fragen und Anliegen geht.

Anträge auf Gesundheits- und Körperpflegemittel und Anträge auf passende Kleidung werden im Sozialamt nicht beachtet oder abgelehnt. Oft muss erst ein Anwalt /eine Anwältin eingeschaltet werden, um Bewilligungen zu erzwingen.
Kranke Menschen, die Anträge auf Selbst- oder Zusatzverpflegung (also Bargeld) stellen, werden zum Gesundheitsamt geschickt. In der Regel wird ihnen dort kein Attest für die Selbstverpflegung ausgestellt. "Wenn wir das täten, dann würden die uns hier die Bude einrennen. Die Frage der Verpflegung ist eine politische und nicht unsere Aufgabe", so eine Ärztin des Neuköllner Kinder-und Jugend-Gesundheitsdienstes.
Anträge auf Sonderbedarf wie Bargeld für Essen, Sonderkost wegen Krankheit, Kindernahrung oder Kleidung etc. werden erst gar nicht als "Antrag" verstanden, sondern einfach abgelehnt. Schriftliche und mit ärztlichen Attesten unterstützte Anträge verschwinden oft einfach in den Akten und werden mündlich abgelehnt. Schriftliche Ablehnungen bekommen die Flüchtlinge nur, wenn sie selbst einen Rechtsbeistand eingeschaltet haben.

Keine/r der Flüchtlinge, die wir dazu befragten, hatte je eine Antwort oder auch nur eine schriftliche Ablehnung ihrer Anliegen erhalten. Keines der uns von verschiedenen Flüchtlingen gezeigten Atteste und ärztlichen Empfehlungen hatte für die PatientInnen je eine für sie erfolgreiche Wirkung erzielt.
Mehrere Flüchtlinge sagten übereinstimmend, die Reaktionen der SachbearbeiterInnen auf ihre Anträge bestünden im "Augen- und Ohren-Zuhalten" und dem Hinweis, die Flüchtlinge könnten ja "nachhause" gehen, wenn ihnen die Behandlung nicht passe.
Die Flüchtlinge unterliegen gemäß dem „Asylbewerberleistungsgesetz" einem Arbeitsverbot. Sollte jemand bei Erwerbsarbeit entdeckt werden, werden alle Leistungen für die *gesamte* Familie vom Sozialamt gestrichen. Bei den Leistungsverweigerungen im „Wohnheim Berlin" ist es aber nicht möglich, das Existenzminimum ohne irgendwelche „illegalen" Einkommensquellen zu bestreiten.

Die gezielte und alltägliche Ignoranz der SachbearbeiterInnen gegenüber den kranken Flüchtlingen, die im Sozialamt mit dem Stigma von "Simulanten", "Leistungserschleichern" und "Kriminellen" behaftet werden, entbehrt nicht einer immanenten Logik: Die auffallend vielen Krankheiten der im "Wohnheim Berlin" untergebrachten Flüchtlinge werden systematisch ignoriert, weil sonst der Zusammenhang von Krankheit und den elenden Lebensbedingungen der Flüchtlinge offenbar werden würde.

Entsprechend der Absicht der Politik, den Flüchtlingen das Leben hier so mies wie nur möglich zu machen, sie zu isolieren und zu diskriminieren, sie klein zu halten und sie möglichst bald rauszuschmeißen - oder in die Illegalität zu drängen -, sind die SachbearbeiterInnen des Sozialamtes Neukölln mit vorauseilendem Gehorsam, Gesetzesbrüchen und absoluter Verweigerungstaktik den Betroffenen gegenüber "vorbildlich".

Das novellierte „Asylbewerberleistungsgesetz"

Denn diese Machenschaften des Amtes werden jetzt im nachhinein legitimiert und gesetzlich festgelegt durch das neue „Asylbewerberleistungsgesetz", das Anfang September in Kraft getreten ist.

Dieses schreibt eine Praxis des Aushungerns, der Kriminalisierung und der Illegalisierung der großen Zahl der Flüchtlinge vor, die aufenthaltsrechtlich eine "Duldung" haben. "Duldung" bedeutet immer noch, daß die Menschen aus humanitären oder technischen Gründen nicht abgeschoben werden dürfen.
Diesen Flüchtlingen wird jetzt auch im Gesetz unterstellt, dass sie "eingereist sind, um Sozialleistungen zu beziehen", oder dass sie sich weigern oder nicht imstande sind, an ihrer sog. freiwilligen Ausreise "aktiv mitzuarbeiten".

Die Umsetzung dieses neuen Gesetzes eröffnet den Sozialämtern ein weites Feld der Verweigerung und des Entzugs von Leistungen, um Flüchtlinge aus dem Land oder in die Illegalität zu drängen.

Wir möchten euch zu einem Treffen einladen, und zwar am Mittwoch den 7.10. um 19 Uhr 30 im Mehringhof / Seitenflügel II. Etage (im oder neben dem FFM-Büro). Denn wir planen eine Kundgebung in der zweiten Oktoberhälfte vor dem Rathaus Neukölln. Wir wollen dort gegen die Praktiken des Sozialamts, das Flüchtlingen, aber auch Wohnungslosen und anderen SozialhilfebezieherInnen Leistungen verweigert, protestieren. Besonders alle diejenigen, die selbst Erfahrungen mit den Schweinepraktiken des Neuköllner Sozialamts gesammelt haben, sind eingeladen, zur Vorbereitung der Kundgebung was beizutragen. Wir protestieren gegen einen Apparat, der Menschen hier das Leben unmöglich macht.

Bündnis gegen das sog. Asylbewerberleistungsgesetz
Kontakt : FFM im Mehringhof, Antirassistische Initiative Berlin(ARI)



time is money

Nunmehr eine Stunde und 47 Minuten, rund eine Stunde weniger als bisher, soll die DB auf ihrer neugebauten ICE-Trasse von Hannover nach Berlin benötigen. Soll! - denn heute morgen sah das anders aus.

Das gemeine Volk darf erst am Wahlsonntag, pünktlich zum Fahrplanwechsel der Bundesbahn, in den Genuß dieses Geschwindigkeitsrausches kommen. Bundeskanzler Kohl, aus den Händen des Vorstandsvorsitzenden der DB, Johannes Ludewig, um ein Gratis-Ticket für die erste Promi-Fahrt bereichert, wußte ob der Freizügigkeit und des feierlichen Momentes, daß es sich bei dieser Neubaustrecke um eine "gute gemeinsame Zukunft der Deutschen" handelt. Spekulationen, ob künftig nur ein bundesdeutscher Perso in Verbindung mit dem teuer erstandenen ICE-Ticket zum Reiseantritt berechtigt, wurden bisher zurückgewiesen...

time passes by...

Statt nur früh aufzustehen, um unsere Stimme in einer Urne zu beerdigen, standen wir noch früher auf, um unseren elegant geschmiedeten Stimmzettel (1400g Abtropfgewicht) um die Oberleitung eben jener Hochgeschwindigkeitstrasse zu drappieren. Ketzer würden reklamieren, es handele sich um eine triviale Hakenkralle - wie dem auch sei, das Ergebnis bleibt identisch.

Kaum haben sich die Ohren der ICE-Reisenden aufgrund der Geschwindigkeit so richtig angelegt, läßt auch der diese in die Sessel pressende Schub wieder nach. Die Entdeckung der Langsamkeit geht nur kurz der Entdeckung einer zerstörten Oberleitung voraus... und Spandau ist auch recht nett, denn dort dürfte der ICE ungefähr zum stehen kommen.

bye, bye Merkel!

Im Mai dieses Jahres war Umweltministerin Merkel aufgrund bekanntgewordener radioaktiver Kontaminierung von Atomtransporten jenseits 'zulässiger' Werte und in diesem Zusammenhang zunehmendem öffentlichen Drucks gezwungen, sämtliche Atomtransporte hochradioaktiver Stoffe bis auf weiteres Auszusetzen.

Abgesehen von den mittlerweile bekannt gewordenen verstrahlten Transporten mit schwach radioaktivem Müll, enthüllt nun eine Studie des Schleswig-Holsteinischen Energieministeriums das Ausmaß dieses Atomskandals: Ein drittel aller seit den 80er Jahren stattfindenden Atomtransporten allein aus Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel überschritten die veranschlagten Grenzwerte. Als Vertrauensbildende Maßnahme wird sogleich ein Vorschlag aus dem Ärmel gezaubert, der die für die Atomwirtschaft notwendigen Transporte wieder 'sicher' machen soll: Das Castor-Kondom, eine Plastikumhüllung soll Abhilfe schaffen...

Wir würden ja eher eine Kastration vorschlagen.

Stillegung aller AKW incl. herrschender Klasse!

Autonome Trappen, 27.9.98

Ein Prosit auf das linke Untergrundblatt

Schönbohm: Keine Angst im Bierzelt

Berlin – Angst vor Autonomen-Terror in Kreuzberg. Im Viktoriapark veranstaltete gestern der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen Feilcke einen Frühschoppen mit Berlins Innensenator. Der Termin war zuvor im linken Untergrundblatt „Interim" veröffentlicht worden, die Polizei rechnete mit Störungen.



Jörg Schönbohm im Bierzelt, von Zivil-Polizei abgeschirmt

Foto: Kai Horstmann

Es wimmelte nur so von Sicherheitskräften. Feilcke aber dachte nicht daran, das Treffen mit etwa 100 Bürgern abzusagen: „Ich kusche nicht vor Autonomen."

Innensenator Jörg Schönbohm wirkte entspannt. Sprach über den Zuzugsstopp von Ausländern, über Sozialabbau. Prostete sich mit den Zuhörern zu. Trotz weiterer Stör-Drohungen will Feilcke an seinen bisherigen Wahlkampfplanungen festhalten.

WarumWiesoWeshalb

60 Antworten auf viele Fragen

Ein Interview mit vier BewohnerInnen der Brunnenstraße - Berlin

Das folgende Interview mit Ines , Rebekka, Florian und Corinna ist ein Selbstinterview, verfaßt von einer Person, und versucht, einige unterschiedliche Positionen derjenigen, die für den Rausschmiß von den 4 Männern am 24.1.98 verantwortlich sind, wiederzugeben.

Die hier auftretenden Positionen, Meinungen und Sichtweisen sind jedoch nicht unbedingt repräsentativ für die Brunnenstraße, stehen für keinen Konsens und sind rein subjektiv. Manche Positionen tauchen gar nicht, nur verkürzt oder stark verändert auf.

In einem Haus wie der Brunnenstraße wohnen viele Leute, die viele verschiedene Meinungen haben - für das nun folgende Interview ist eine Person verantwortlich.

Dieses Papier wurde ursprünglich Ende Februar /Anfang März 98 geschrieben und dann an die HausbewohnerInnen der Brunnenstraße weitergegeben mit der Bitte, sich mit Veränderungen, Kritiken, Bemerkungen und Verbesserungen daran zu beteiligen. Die Resonanz war äußerst gering, enttäuschend gering - nur ein paar haben überhaupt etwas dazu verlauten lassen .Geschuldet ist dies sicherlich auch der ständigen Überforderung und dem Wunsch endlich einmal Luft holen zu wollen. Eine Veröffentlichung soll auch nicht und kann auch nicht eine Hausinterne Diskussion ersetzen.

Inzwischen ist ein halbes Jahr vergangen und dieses Papier wurde noch einmal mit Hilfe zwei, drei anderer Bewohnerinnen überarbeitet. Einige werden vielleicht sagen, daß es nun viel zu spät sei, was rauszuhalten - vielleicht - vielleicht ist es aber nie zu spät, gerade auch Widersprüche, Kritiken und Fehler des eigenen Verhaltens öffentlich -wie in diesem ja auch öffentlichen politischen Konflikt - transparent zu machen. Das hat meiner Meinung nach auch viel mit Glaubwürdigkeit zu tun. Sich selbst und anderen gegenüber.

Mehr als sechs Monate ist es her, daß ihr die 4 Typen aus dem B-Flügel geschmissen habt. War eure Entscheidung rückblickend betrachtet richtig ?

Rebekka: Grundsätzlich ja Klar. Es war allerhöchste Zeit, das endlich was passiert. Wir konnten es nicht mehr dulden, daß hier diese 4 Männer einzelne von uns bedrohten oder zum Teil auch Gewalt ausübten. Ständig haben sie die Grenzen anderer übertreten und verletzt, bewußt oder weniger bewußt. Und mit Reden und Diskutieren sind wir nicht mehr weitergekommen. So gesehen war es voll korrekt, daß wir endlich handelten und uns nicht mehr auf der Nase haben rumtanzen lassen. Das hat sich auch nach dem Rausschmiß bestätigt. Von 3 der 4 Typen gingen die Angriffe und Bedrohungen weiter - wie bei dem einen Punkkonz im April zum Beispiel, wo einer von Ihnen einem von uns eine Flasche mitten ins Gesicht geschlagen und damit verletzt hat. Gott sei Dank konnte mit 26 Nadelstichen alles zusammen geflickt werden.

Ines: Vom Prinzip stehe ich auch voll hinter dem Rausschmiß. Ob der Zeitpunkt und die Art und Weise jedoch korrekt waren - da bin ich mir unsicher. Es wohnte zu der Zeit nur noch eine Person von denen im B-Flügel. Vielleicht wäre durch mehr Diplomatie oder der Einschaltung von VermittlerInnen es möglich gewesen, daß auch noch die letzte Person auszieht und wir ohne diesen Kraftakt auch unser Ziel erreicht hätten. Um in diese Richtung zu denken, war unsere Bereitschaft einfach zu gering, um uns darauf einzulassen.

Florian: Vielleicht ja, vielleicht nein. Das ist reine Spekulation. Du darfst aber auch nicht vergessen, daß viele von uns die Schnauze obergestrichen voll hatten, am Ende ihrer Nerven waren. Und wahrscheinlich wäre es auch so eskaliert, wenn wir versucht hätten, gegen einzelne das Komplexverbot durchzusetzen. Wahrscheinlich war es so einfach auch sicherer, weil wir viele Leute waren und so das Haus gegen Angriffe so einigermaßen





schützen konnten. Ich versteh auch gar nicht, warum sich hier so viele Leute aufregen. Überall werden Leute, die sich Scheiße verhalten aus Häusern oder was weiß ich rausgeschmissen. Nur bei uns wird da so ein Riesenpolitikum drausgemacht.

Ines: Ich bin es leid, mich immer rechtfertigen zu müssen. Aber nur um mal ein Beispiel zu bringen : Wenn hier jemand im Streit ein Messer zieht, um damit andere zu bedrohen, dann hört für uns der Spaß auf. Mit einem Messer kannst du jemanden tödlich verletzen, das weiß jede/r. Und genau an so einem Punkt ist für uns eine Grenze überschritten, weil diese Form der Auseinandersetzung nicht mehr unser Teil ist - und da bin ich auch froh drüber.
Daß heißt auch überhaupt nicht, daß hier die anderen Typen, die hier in dem Komplex wohnen, frei von jeglichen sexistischen Verhalten oder Mackergehabe sind. Ganz und gar nicht. Ob das nun deren Redeverhalten oder die Durchsetzung bestimmter Sachen oder anderes betrifft..

Florian: Und dieses Gefühl von Bedrohung, um das es ja immer wieder geht, ist nicht objektiv, weil das gibt es nicht - es ist aber real und das müssen wir akzeptieren. Und dann tue ich mich entscheiden und ich habe mich entschieden und ich bin allerdings der Meinung, daß die gehen müssen, von denen eine Bedrohung ausgeht und nicht die , die sich bedroht fühlen. Da solidarisiere ich mich ganz klar mit den Bedrohten, auch wenn es mir persönlich vielleicht anders geht und ich andere Grenzen habe.

Alles ist subjektiv - führt das zur Beliebigkeit ?

Rebekka: Den Eindruck hatte ich schon manchmal. Viele Sachen, die mal erkämpft worden waren, Verhaltensweisen im Umgang miteinander zum Beispiel, werden auf einmal wieder in Frage gestellt, ob hier in der Brunnen, im Tommy-Weißbecker-Haus oder sonstwo. Und viele der Dinger, die hier gelaufen sind gehören eben auch dazu, ob nun Gewalt in jener Form oder sexistische Anmache in solcher Form - der patriarchale Rollback hat zumindest in manchen Häusern wieder Einzug gehalten.

Ines: Was hätten wir denn tun sollen ? Die andere Alternative, wäre doch gewesen, geschlossen auszuziehen und alle Veträge wg. mangelndem Vertrauen zu kündigen. Das wollten wir natürlich nicht - aus persönlichen Gründen und weil wir das Projekt Brunnenstraße erhalten wollen.

Florian: OK, OK - einerseits sind wir vielleicht mit unserer Informationspolitik ein Stück weit gescheitert , die Sachen so rüberzubringen und zu vermitteln, daß sie für viele nachvollziehbar sind. Andererseits wollen es viele auch gar nicht verstehen. Das Ganze wird dann zu einer Glaubensfrage.

Das euch einige nicht mehr einfach so glauben und skeptisch geworden sind, hängt doch auch damit zusammen, daß ihr Flugblätter in Umlauf gebracht habt, wo Behauptungen aufgestellt werden, die einfach nicht stimmen. Ich meine das Flugi, wo ihr einer Person eine Vergewaltigungsandrohung anhängt, obwohl das so nicht zutrifft.

Corinna: Ja , die leidige Geschichte mit dem Flugblatt. Das war Scheiße, da gibt es nichts dran zu drehen. Die weitere Verteilung der ersten Fassung mit dieser Vergewaltigungsandrohung und den Namen, von der es insgesamt 1500 gedruckt worden waren, haben wir gleich am ersten Tag gestoppt und eine korrigierte Fassung veröffentlicht, trotzdem waren schon circa 300 Flugis im Umlauf. Zudem gab es eine Richtigstellung von *Einigen Frauen aus der Brunnen*, in der sich eben von diesen einzelnen Punkten auch deutlich distanziert wurde und sich auch bei der betreffenden Person für Falschanschuldigungen entschuldigt wurde. Leider wurde diese Richtigstellung nicht so flächendeckend verteilt - und die Interim hat es nie abgedruckt.

Florian : Insgesamt hat uns dieses Flugi wohl mehr geschadet als genützt. Mal unabhängig von den Falschbehauptungen war dieses Flugi doch eher polemisch, stark polarisierend geschrieben, vermittelte ein Schwarzweiß Bild des Konfliktes, was in der Realität gar nicht so stimmte. Und dabei bezieht sich die Kritik, die ja zum Teil auch Hausintern existiert, nicht auf die Schlußfolgerung die Vier rauszuschmeißen, sondern auf die Art und Weise der Argumentation. Wenn du so ein Konflikt öffentlich, transparent machst, gehört da auch dazu , nicht nur die bösen Taten der anderen aufzulisten, sondern auch die eigenen Fehler genauer zu beleuchten, also daß wir uns manchmal auch scheiße verhalten haben, oder gar nicht reagiert haben oder wie auch immer. Das zuzugeben, damit hätten wir uns doch keinen abgebrochen. Außerdem relativiert das auch nicht deren Verhalten. Das wir zusätzlich mit unseren Wegen und Strategien, Konflikte eben anders als mit Gewalt zu lösen, auch vollkommen gescheitert sind, steht wiederum auf einem anderen Blatt.

Corinna: Zum Beispiel steht da an einer Stelle *„Da fängt mensch eben an sich Gedanken zu machen, wo der Unterschied ist. Der Unterschied zu Faschoprolls"* Mit dieser rhetorischen Frage wird eine Gleichsetzung betrieben, die ich so absolut nicht teile. Mehr Differenzierung darf da schon erwartet werden. Und für mich vollkommen logisch, daß sich darüber viele Leute aufregen. .Ne andere Geschichte in dem Flugi war die mit dem so breiten Konsens. Es gab eben keinen Konsens von allen, und es war auch schwierig einen zu erreichen mit den anderen. Außerdem tauchte die Position des Q-Hauses und die Kritik der zwei Frauen-WGs, die gegen die Räumung waren nicht auf. Indem das alles weggelassen wird, werden zwar schöne klare Brunnenstraßenbilder produziert, aber eben keine realistischen. Das alles war zu glatt, und die Leute, die uns besser kennen, wissen auch, daß es hier in der Brunnen sehr verschiedene Meinungen zu vielen Sachen gibt, Widersprüche usw.

Rebekka: Also, ich find es reicht jetzt mal langsam, sich ständig an diesem Flugblatt abzuarbeiten. Es gibt Kritik, die ist auch berechtigt, aber im Großen und Ganzen finde ich das Flugi o.K. Es ging einfach noch mal darum klar zu sagen, warum wir kein Bock haben, mit den Vier weiter zusammen zu wohnen. Und das kam eben schon gut rüber. Außerdem - Polemik hin , Polemik her, das ist auch Ne Frage der Stilistik. Einigen gefällt es, einigen eben nicht. Du wirst nie ein Flugblatt hinkriegen, das alle Klasse finden. Das ist eine Illusion.

Ines: Es geht dabei ja nicht nur um das Flugblatt. Es geht auch darum, wann sich wer anmaßt, was entscheiden zu können (Drucktermin hin oder her), auf wen gehört wird, wer Autorität besitzt, wer Einfluß hat. Z. B. wie eine Entscheidung bei uns zustande kommt. Wer führt welche Vorgespräche, wer setzt sich auf einem Plenum durch - sei es durch Lautstärke oder Taktierereien und seltsame Koalitionsbildungen, die sich da manchmal ergeben - auf wessen Meinung wird mehr gehört. Da sind auch immer beide Seiten dran beteiligt, die Seite, die "Macht" hat und die ihr die "Macht" gibt.

Sind Eure Strukturdiskussionen weitergegangen? Hat sich was verändert? Wie werden Entscheidungen getroffen?

Ines: Strukturdiskussionen gabs nicht viel, verändert hat sich ein bißchen was und Entscheidungen werden im Idealfall gemeinsam getroffen. Aber da fängst schon an. Es haben gar nicht alle das gleiche Interesse. Bei vielen fehlt die Verantwortlichkeit und Verbindlichkeit , sich in den Komplex einzubringen und andere wiederum machen ihr eigenes Ding. Aber das ist in vielen Häusern wahrscheinlich das gleiche Dilemma.

Fortsetzung folgt im nächsten Heft



Herbstkonferenz

Anti-Atom-Herbstkonferenz 16. - 18. Oktober 1998 in Berlin

Dieses Jahr lädt das Anti-Atom-Plenum Berlin zur Herbstkonferenz ein. Das Anti-Atom-Plenum Berlin entstand vor mehr als 20 Jahren zu den Hochzeiten der Anti-AKW-Bewegung, als zu den Demonstrationen an den Bauzäunen Hundertausende unterwegs waren. Seit den Castor-Transporten hat sich das Plenum wiederbelebt und ist seitdem ein offener Treffpunkt politisch links engagierter Menschen dieser Stadt. Wir arbeiten zum Thema Anti-Atom mit den Schwerpunkten Castor-Transporte, NiX-Mehr-Infotelefon, Rheinsberg/ Greifswald, Siemens und Uran, sind aber auch oft Bündnispartner bei anderen Themen wie Antifa, AntiRa, Innenstadtaktionen, Gelöbnix usw.

Ausdruck unserer Bündnispolitik ist die Zusammenarbeit mit ca. 20 anderen Gruppen. Im Mehringhof, dem Zentrum der linksalternativen Scene, betreiben wir gemeinsam die Kneipe EX. Dort soll auch der zentrale Treffpunkt für diese Konferenz sein. Für die Arbeitsgruppen stehen uns im Mehringhof mehr als 20 Räume zur Verfügung, das große Abschlußplenum am Sonntag wird an der Humboldt-Universität stattfinden.

Themen für Arbeitsgruppen (AGs) lassen sich zu Hauf finden: Seit dem letzten Castor-Transport nach Ahaus Anfang diesen Jahres und dem Castor-"Skandal" arbeitet die Atomwirtschaft vehement an Konzepten, wie der Weiterbetrieb sichergestellt werden kann. Castor-Transporte sind daher bald wieder zu erwarten. In Garching wurde Richtfest für den FRM II gefeiert, desgleichen in Greifswald für das Kernfusionsprojekt Wendelsten 7x. Die Kapazität der Urananreicherungsanlage in Gronau soll mit Zustimmung der rot-grünen Landesregierung nahezu verdoppelt werden. In Gorleben wird die PKA weitergebaut und der Verladekran soll in der Castorfreien Zeit zu einer Festung ausgebaut werden. Siemens will sich einen neuen Reaktortyp genehmigen lassen und treibt nicht nur in Mochovce/Slowakei sondern in ganz Osteuropa den Ausbau der Atomkraft zügig voran. In Kanada und Australien werden Uranminen massiv ausgeweitet, usw. usw.

Nach den Aktionstagen im September und der Bundestagswahl wird auch die Diskussion über das "Wie geht´s weiter?" sicher breiten Raum einnehmen. Unsere internen Auseinandersetzungen über die richtige Strategie, den richtigen Weg, über die Frage, ob die Grünen noch Bündnispartner oder eher Gegner sind u.a.m. werden an Schärfe zunehmen. Anstatt durch Harmoniebestrebungen diese Differenzen zuzukleistern nach dem Motto: "Wir wollen doch alle das gleiche - Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen weltweit!", wünschen wir uns für die Konferenz eine kontroverse und kritische, aber gleichzeitig solidarische und produktive Auseinandersetzung.

Wir wenden uns deshalb mit dieser Einladung nicht nur an Menschen die in Bürgerinitiativen, Standortgruppen oder sonstwie in der Anti-Atom-Bewegung aktiv sind, sondern freuen uns ebenso über Gruppen und Einzelpersonen, die an der Anti-Atom-Bewegung als einem Beispiel für eine soziale Bewegung Interesse haben, die in anderen politischen Zusammenhängen arbeiten oder auch nur mal "reinschnuppern" wollen. (Grenzen hat die Offenheit da, wo nationalistische, sexistische oder rassistische Äußerungen vertreten werden).

Anmeldung:

Anti-Atom-Plenum-Berlin
c/o Ökodorf
Kurfürstenstr. 14
10785 Berlin
Tel. (030) 261 62 52
Fax (030) 261 98 12

Konferenzort ist der

MehringHof
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin-Kreuzberg
U-Bahn Mehringdamm (U6 / U7)
(siehe Anfahrtbeschreibung)

Für unsere Unkosten müssen wir leider einen **Kostenbeitrag** von **DM 30,-** (bzw. DM 25,- / DM 20,-, je nach Anreisezeitpunkt) erheben. Darin sind Unterkunft, Verpflegung und Kinderbetreuung enthalten. Wer das nicht zahlen kann, soll trotzdem kommen, uns aber bitte vorher bescheid sagen.
Bringt bitte auf jeden Fall Isomatten, Schlafsäcke, Teller, Tassen und Besteck mit!

Anfahrt

Mit dem Auto

Für Leute, die mit dem Auto kommen, empfehlen wir, nicht damit in die Innenstadt zu kommen, sondern es am Stadtrand zu parken. Geeignete Park&Ride-Stationen (**P&R**)sind in den Anfahrtsbeschreibungen genannt.

Aus Hamburg (**A24**) fahrt Ihr über die A111 ins Zentrum [an der ersten Abfahrt in Berlin geht´s zum **U-Bahnhof Alt-Tegel P&R**], weiter über die A105 [am AB-Kreuz Reinickendorf geht´s zum **U-Bahnhof Scharnweberstr., P&R**] und weiter auf der Berliner Stadtautobahn (A 100). Richtung Tempelhof. An der Abfahrt Tempelhofer Damm abfahren Richtung Kreuzberg (Norden). Geradeaus weiterfahren auf dem Tempelhofer Damm (später Mehringdamm) bis zur Gneisenaustraße.
Aus Hannover (**A2**) oder Leipzig (**A9**) fahrt ihr über die A115 [am AB-Kreuz Zehlendorf nach links zum **S-Bahnhof Wannsee, P&R**] ins Zentrum und dann weiter auf der Berliner Stadtautobahn (A 100) Richtung Tempelhof, rest siehe oben.
Aus Dresden (**A13**) fahrt ihr auf die A113 bis zum AB-Dreieck Teptow. Dann zum Flughafen Schönefeld (B 96a) und rechts auf die Walterdorfer Chaussee (B 179) Richtung Neukölln. [**U-Bahnhof Rudow, P&R**] Fahrt diese Straße immer weiter geradeaus, die am Ende Gneisenaustraße heißt bis zur Kreuzung Mehringdamm.

Mit der Bahn

Fahrt bis zum Bahnhof Friedrichstraße (mit der Regionalbahn direkt, vom Bahnhof Zoo oder Ostbahnhof mit der S-Bahn). Dort steigt ihr in die U-Bahn Linie 6 (lila) Richtung *Alt-Mariendorf* und fahrt bis zur Station *Mehringdamm*.

Mit der U-Bahn / S-Bahn vom Stadtrand

U-Bahnhof Alt-Tegel / U-Bahnhof Scharnweberstr. Steigt in die U-Bahn Linie 6 (lila) Richtung *Alt-Mariendorf* und fahrt bis zur Station *Mehringdamm*.
S-Bahnhof Wannsee: Steigt in die S-Bahn Linie 1 (pink) Richtung *Oranienburg* (Frohnau). Fahrt bis zur Station *Yorckstr.* Nehmt den Ausgang in Fahrtrichtung vorn steigt um in die U-Bahnlinie 7 (hellblau) in Richtung *Rudow* bis zur Station *Mehringdamm*.
U-Bahnhof Rudow Steigt in die Linie 7 (hellblau) Richtung Rathaus Spandau und fahrt bis zur Station Mehringdamm.

Zeitplan

Unser Vorschlag für den Ablauf der Konferenz:

Freitag den 16. Oktober im MehringHof

ab 16:00 Uhr Anreise
ab 18:00 Uhr Abendessen
ab 19:30 Uhr Vorträge zu
- ✗ Rheinsberg / Greifswald
- ✗ EinsteigerInnenseminar zu Ermittlungsausschüssen (EA) bei Aktionen

21:00 Uhr Stand der Bewegung aus autonomer Sicht

Samstag den 17. Oktober im MehringHof

ab 9:00 Uhr Frühstück
10:00 Uhr Eröffnungsplenum
ab 11:00 Uhr AGs
13:00 Uhr Mittagessen
ab 14:30 Uhr AGs
16:30 Uhr Kaffee & Kuchen
ab 17:30 Uhr AGs zum Thema "Warum mache ich Anti-Atom-Arbeit?"
19:30 Uhr Abendessen
ab 21:30 Uhr Anti-Atom-Party im Ex
- ✗ Diavortrag zum Tunnelbau beim NIX4 in Neckarwestheim
- ✗ Bei Bedarf weitere Zeit & Räume für AGs...

Sonntag den 18. Oktober in der Humboldt-Universität

ab 9:00 Uhr Frühstück
10:00 Uhr Abschlußplenum
ab 12:00 Uhr Mittagessen
13:00 Uhr Busshuttle zum Sonntagsspaziergang in Rheinsberg
15:00 Uhr Sonntagsspaziergang in Rheinsberg
danach: Abreise, Aufräumen, ...

Arbeitsgruppen

Folgende Arbeitsgruppen und Workshops werden angeboten:

- ✗ SIEMENS-Boykott
- ✗ Direct Action (Klettertraining)
- ✗ Bundes- und Landespolitik (Fortsetzung aus Erfurt)
- ✗ Repression gegen die Anti-Atom-Bewegung
- ✗ Militanz in der Anti-Atom-Bewegung (Autonomen AG)
- ✗ Männer und Sexismus in der Anti-AKW-Bewegung
- ✗ Anti-Atom-Bewegung und die Opferrolle
- ✗ Rheinsberg/Greifswald
- ✗ Antifa und Anti-Atom
- ✗ Anti-Autobahn-Hüttendörfer & Widerstand
- ✗ Uranabbau und Urananreicherung
- ✗ Entsorgung
- ✗ X-1000-mal-quer

Folgende AGs sind noch in der Vorbereitung bzw. würden wir uns wünschen

- ✗ Demoverhalten
- ✗ Ausstiegsdebatte
- ✗ Nachbereitung der Aktionstage im September
- ✗ Der näxte CASTOR...

Weitere Vorschläge, Beiträge und Anregungen sind willkommen, am besten schriftlich! Wenn bei der Arbeit in den AGs es genug Material entsteht, soll es nach der Konferenz einen Reader geben.

Spendet auf die CASTOR-Soli-Konten der Roten Hilfe!

Rote Hilfe e.V.
Ortsgruppe Göttingen
Konto: 350 670-309
Postbank Hannover
BLZ 250 100 30
Stichwort: CASTOR



Rote Hilfe

AG SIEMENS-Boykott

Die SIEMENS-Boykott-Kampagne gibt es seit 1993 und setzt sich aus Menschen unterschiedlichster Gruppierungen, Vereine und Institutionen zusammen. Sie ruft dazu auf, flächendeckend alle Produkte von SIEMENS und der Tochterfirmen zu boykottieren, und zwar möglichst umfassend, phantasievoll und voller Nachdruck. Der Boykott soll so lange aufrechterhalten werden, bis SIEMENS endgültig aus dem mittlerweile weltweiten Atomgeschäft ausgestiegen ist. Der SIEMENS-Unternehmenszweig Kraftwerksunion (KWU) ist an fast allen deutschen Atomkraftwerken beteiligt, so auch am FRM II in München.

Themenschwerpunkte der AG sollen Information über die vielfältigen Verflechtungen des Konzerns, sowie über die internationale Tätigkeit der KWU, u.a. in Mochovce (Slowakei) und Akkuyu (Türkei) sein. Darüber hinaus sollen Aktionsformen gegen den wichtigsten deutschen Atomkonzern sowie die Vernetzung der Kampagne besprochen werden.



AG Direct Action

Die Direct Action (Direkte Aktion) soll im Rahmen der Konferenz nicht "in Trockenen" erörtert, sondern direkt ausprobiert werden:

Die Wände hochgehen!!

Robin Wood Berlin bietet ein offenes Klettertraining an einer Hauswand im Mehringhof an. Alle InteressentInnen sind herzlich eingeladen, unter der Anleitung erprobter AktivistInnen einfache Klettertechniken zu üben.
Parallel dazu wird es höchstwahrscheinlich einen Workshop im Baumklettern geben. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich, die Ausrüstung wird gestellt.



AG "Bundes- und Landespolitik"

Sprachrohr für radikale Politik? Wer, wenn nicht wir ...

Aktionen an den Standorten, Mobilisierung gegen Atommülltransporte, gute Infovernetzung, eine einigermaßen basisdemokratische Entscheidungsstruktur und wenigstens das Bemühen um einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz – gegenüber hierarchischen und schwerfälligen Verbänden zeigt die Anti-Atom-"Bewegung" wirksamer und glaubwürdiger ihre Krallen. Doch warum überläßt sie den von keiner Basis legitimierten und staatsgeldabhängigen Großorganisationen das politische Feld? Wo bleibt die Anti-Atom-Bewegung, wenn Grüne, BUND und andere bei den atomkraftbefürwortenden Agendarunden oder der Expo mitmischen? Die immer wieder gehörte "Ausrede", das sei nicht Thema einer außerparlamentarischen Bewegung, ist purer Unsinn und vor allem ein Zeichen von Unfähigkeit, sich auch im politischen Raum deutlich zu äußern.

Im AK soll über Formen bundes- und landespolitischer Arbeit einer basisdemokratischen Bewegung gesprochen werden. Die Ergebnisse des gleichlautenden Arbeitskreises der Frühjahrskonferenz in Erfurt sollen dabei als Grundlage dienen. Diesmal geht es eher um konkrete Themen: Systematische Pressearbeit, politische Bündnisse, direkte Aktionen gegen die verantwortlichen Firmen und PolitikerInnen, Stellung(nahme) zu den atombefürwortenden mainstream-Umweltschutzthemen Agenda, Nachhaltigkeit und Expo.

Öffentlichkeitsarbeit auch und gerade für eine andere Gesellschaftsform, in der nicht Wenige profitorientiert ihre Interessen durchsetzen können. Kann die Anti-Atom-Bewegung ein Teil derer sein, die nicht nur um Einzelerfolge ringen, sondern für eine grundlegend andere Gesellschaft kämpfen? Und die auf andere Gruppen, Verbände usw. einwirkt, nicht zum "Feigenblatt" eines Staates und einer Wirtschaft zu werden, die das zu verantworten hat, wogegen wir kämpfen? Wer, wenn nicht wir ...



AG Repression gegen die Anti-Atom-Bewegung

Wie schon auf den letzten ordentlichen Konferenzen der Anti-Atom-Bewegung möchten wir auch diesmal eine Anti-Repressions-AG anbieten. Dazu möchten wir alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen herzlich einladen, die sich mit Repression in Zusammenhang mit CASTOR oder Anti-Atom-Demonstrationen / -Aktionen beschäftigen. Besonders seien auch diejenigen angesprochen, die zwar als Ermittlungsausschuß/ Rechtshilfegruppe/ Prozeßbeobachtungsgruppe etc. immer wieder mit der Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen zu tun haben, aber den Weg zu den halbjährlichen Konferenzen offenbar scheuen.

Auf unseren letzten beiden Treffen in Göttingen und Erfurt waren wir ein Kreis von 10-15 Personen aus unterschiedlichsten Strukturen, wobei wir einige aktive Gruppen vermißt haben. Bei diesen offenen Treffen ging es vornehmlich ums Kennenlernen und Informationsaustausch (u.a. zu den Aktionen in den einzelnen Orten, zu Hauptverhandlungshaft, zu DNA-Analyse und polizeilichen Sondereinheiten).

Diskussionspapier Nr. 2

Ausstieg ja - aber nicht so!

Die »Anti-Atom-Bewegung« ist eine bunte Mischung von Leuten aus völlig verschiedenen Zusammenhängen mit sich zum Teil deutlich widersprechenden politischen Überzeugungen. Nur wenige Menschen (meist Betroffene in Standort- und Bürgerinitiativen) machen ausschließlich Anti-Atom-Arbeit, viele beziehen sich bewußt von außen, d.h. von anderen Politikfeldern, auf das Thema Atom. Das gilt sowohl für »Autonome«, als auch für Parteifunktionäre. Die Frage, ob Anti-Atom-Engagement einen Einstieg in linke Politik bieten kann, hat also mit der Frage zu tun, wie stark linke Politik überhaupt in der Bewegung vertreten ist. »Links« soll hier verstanden werden als bewußt unabhängig, außerparlamentarisch und (zumindest vom Anspruch her) emanzipatorisch und systemoppositionell.

Was heißt hier eigentlich »Ausstieg«

Die Frage nach den verschiedenen Selbstverständnissen der »Anti-Atom-Bewegung« wird am Beispiel des »Ausstiegs« deutlich: Zum einen ist die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergienutzung der Grundkonsens dieser »Ein-Punkt-Bewegung«. Zum anderen wird jedoch meist offen gelassen, was dieser »Ausstieg« bedeuten soll. Soll nur in der BRD ausgestiegen werden, oder auch woanders? Soll nur auf die Atom*energie*nutzung verzichtet werden, oder auf alle Atomanlagen (inklusive der militärischen)? Am »Ausstieg« kristallisiert sich die Frage, ob es »nur« gegen das Übel Atomkraft geht, oder auch gegen die ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen.

Dabei ist die Forderung nach dem »Sofortausstieg« längst nicht mehr - wie früher - der Konsens aller Anti-Atom-AktivistInnen. Die fortschreitende Etablierung und Institutionalisierung (Stichwort: »Professionalisierung«) alternativer PolitikerInnen macht auch vor der »Anti-Atom-Bewegung« nicht halt, das Handeln richtet sich immer mehr auf die »offiziellen« Politik aus. Durch die Beteiligung an Diskussionen über sogenannte »Ausstiegsgesetze« will mensch »Politikfähigkeit« beweisen und die eigene »Isolation« augrund »unrealistischer« Forderungen überwinden. Im Vorfeld der Bundestagswahl setzen wieder erstaunlich viele Menschen Hoffnungen in die Grünen, von denen sie in zahlreichen Landesregierungen schon so bitter enttäuscht wurden (Ein aktiver Castor-Gegner, der auf der Anti-Atom-Herbstkonferenz 1991 noch meinte "Die Bewegung ist tot - es lebe der Widerstand" - versucht jetzt über die Grünen in den Bundestag zu kommen...).

Die unabhängigen, nicht-institutionalisierten Anti-Atom-Aktiven, die eigentlich vom Begriff her »die Bewegung« ausmachen, spielen dagegen nur noch punktuell eine Rolle. Abgesehen von einzelnen CASTOR-Transporten ist die »Bewegung« in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent. In diesem Sinne gibt es also nur noch eine »Anti-CASTOR-Bewegung«. Es ist zwar durchaus ein politischer Erfolg, daß hochradioaktive Atommülltransporte in der Bevölkerung kaum noch akzeptiert sind, doch ist fraglich, was so ein punktuelles Wirken für Möglichkeiten des Erlebens und Erlernens emanzipatorischer Politik bietet. Zum einen arbeiten die Atomstrategen mit Hochdruck daran, das Problem der CASTOR-Transporte zu isolieren, was ihnen durchaus gelingen könnte (z.B. über dezentrale Endlagerung). Zum anderen zeigt sich, sobald es über den punktuellen Rahmen der CASTOR-Events hinaus geht, die relative Schwäche der »Anti-Atom-Bewegung«.

Gerade im systemoppositionellen Spektrum gibt es derzeit so gut wie keine Ideen & Strategien gegen die neuen Konzepte der Atommafia, die den CASTOR-Widerstand versuchen zu umgehen. Und da, wo es gute Ideen gibt, fehlen die Leute. Sowohl dezentrale Aktionen, als auch kontinuierlich inhaltlich arbeitende Strukturen sind eher selten und werden meist von Einzelnen getragen.

Anti A 33 Hüttendorf akut räumungsbedroht!

Ahoi,



Anti A 33 Hüttendorf hier, jetzt isses soweit - wir sollen weg, soll heißen Räumung, da auf dem Teilstück, auf dem wir seit ca zweieinhalb Jahren leben, ab dem 1.Oktober gebaut werden soll. Ab diesem Zeitpunkt ist die sog. "Besitzeinweisung", sprich Enteignung rechtswirksam. Für dieses Stück Land und den angrenzenden Wald sind auch die Bauaufträge schon vergeben. Das heißt, es wird dann hier gebaut, wenn nicht, ja wenn nicht wir ihnen bis dahin soviel Streß und Ärger gemacht haben, daß sie nicht so können, wie sie gerne wollen und gewöhnt sind, es zu tun.Für uns bedeutet das, daß wir ab sofort so umfassend und viel, wie es geht, mobilisieren, damit möglichst haufenweise Leute kommen, die motiviert und wütend genug sind, hier an dieser Stelle - stellvertretend für die Ausbeutung und Unterdrückung in diesem System allgemein oder speziell gegen den scheinbar unaufhaltsamen Expansionswahn des kapitalistischen Marktes - mit uns zu zeigen, daß es auch im scheinbar ruhigen Hinterland immer noch Widerstand gibt und immer geben wird.

Wie wir uns den Tag der Räumung vorstellen

Es wird immer Leute geben, die eine nicht im Sinne der Herrschenden integriebare Meinung und Lebensweise haben und nicht zulassen wollen, daß hier alles so reibungslos und unwidersprochen passieren kann. Dabei spielt es angesichts der nicht so rosigen Lage nicht die primäre Rolle, ob das nun ein symbolischer Widerstand, verbaler Protest oder tatkräftiges, direktes Eingreifen ist. Hier sollte sich jede und jeder mit seinen/ihren Vorstellungen und Möglichkeiten bei der Räumung einbringen können. Zum Beispiel gibt es Kletter- und Anketteinrichtungen und ganz hohe Hütten und Plattformen in den Bäumen. Nicht zuletzt hat sich ja auch immer gezeigt, daß abgestimmte Vielfalt des Widerstandes am meisten Leute einbinden kann und auch am effektivsten und kraftvollsten ist.Wichtig ist uns zumindest, es den Herrschenden bei ihrer Räumung so schwer und teuer wie möglich zu machen und sie im besten Falle richtig peinlich dastehen zu lassen und dabei darauf zu achten, daß keine Situationen entstehen, wo Leute durch Aktionen von anderen alleine oder ohnmächtig dastehen müssen.Das heißt insbesondere, daß Aktionen aufeinander abgestimmt sein sollten, -zumindest auf dem Hüttendorfgelände selbst.. Eine Reihe von tollen Aktionen und eine hart umkämpfte Räumung würde uns und allen anderen vieleicht auch - die Kraft geben, die wir alle brauchen, sei es im Alltag oder für die näxten Besetzungen und Wiederbesetzungen, die es direkt im Anschluß an die Räumung geben wird - is ja logisch.



Räumungsgefahr? - Wieder nur Paranoia ?

Wir können natürlich nicht mit genauer Bestimmtheit das genaue Datum der Räumung vorhersagen. Das heißt das Leute sich möglichst auf 2-3 Wochen Wartezeit(die natürlich voll mit Aktivitäten sein kann , liegt natürlich an euch) einstellen sollten, was aber eben nicht sein muß. Die Räumung groß verschieben können die Behörden nicht, ohne in ihrem Bauzeitplan völlig durcheinander zu geraten.Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß wir durch irgendwelche Hinweise oder Gerüchte alarmiert wurden und daraufhin die Infoketten ausgelöst haben, woraufhin dann Leute gekommen sind, ne Zeitlang gewartet haben und wieder abgehauen sind. Dabei waren sie oft gefrustet und kamen nicht wieder. Das können wir natürlich sehr gut nachvollziehen, aber bitte, habt auch für unsere Situation Verständnis und Geduld. Bisher hatten wir erst 2mal offizielle, gesicherte Einschätzungsmöglichkeiten für den Räumungszeitraum, die dann auch jedesmal zutrafen - dieses Mal ist wieder so ein Fall, also kein Paranoiaalarm oder sowas. Also rückt in Massen aus und bleibt, es gibt viel zu tun und zu machen (am Wochenende wird übrigens nie geräumt) und selbst nach einer Räumung macht es noch Sinn zu kommen. Zum Schluß noch einmal der vieleicht überflüssige Hinweis an alle diejenigen, die immer noch denken, daß das hier nicht ihre Politik oder Aktionsform ist: der Kampf, Protest oder Widerstand gegen staatliche Großbauprojekte, wie zum Beispiel eine Autobahn ist schlichtweg nicht zu trennen von anderen Kämpfen. Der direkte Zusammenhang liegt überdeutlich auf der Hand, ohne solche Projekte, die die Infrastruktur darstellen,, kann die kapitalistische Produktionsweise nicht so gut funktionieren. Das ganze System ist darauf angewiesen und wird u. a. damit zusammengehalten. Dementsprechend empfindlich ist ein solch zentraler Nerv. Das ließe sich noch ein wenig detaillierter darstellen, ...doch infoirmiert euch einfach selbst. Und was die Aktionsformen angeht, welche Aktionsformen ihr wählt, liegt in eurer Verantwortung und an eurer Kreativität. Wir können hier höchstens etwas vom Rahmen gestalten und wir werden alles dafür tun, was wir hinkriegen, damit euch da keine schöpferischen Grenzen gesetzt sind. Noch was zu Solidarität: Ein wirklich schönes Wort, was leider viel zu oft auf seine praktische Umsetzung wartet. Für uns ist immer noch schleierhaft und mehr als enttäuschend zu sehen, was es hier in den Jahren und z. B. auch in Anatopia nicht nur bei Räumungen und danach an Untrerstützungen gegeben hat. Denkt vieleicht mal drüber nach und mehr als das. Wir hoffen, wir sehen uns.



Kleinscheiß:

Wegbeschreibung: von Borgholzhausen Bhf die B 68 ca 1,5 Km in Ri OS, dann die Ostbarthauser Str. rein geht über Schienen, macht scharfen re. und dann lks Knick. Am reetgedeckten Bushäuschen(Onkel Fritz Hütte) geradeaus vorbei bis zum Ende der Teerstr.(Schild:Kein Zugang zum Hüttendorf ignorieren), wenn ihr nach 4oo Metern auf eine Freifläche kommt und links das Brückenbauwerk seht, geht den Feldweg scharf lks. weiter bis zur Barrikade, da isses. Hotleine *05425/270* Und weil Widerstand immer so furchtbar teuer ist: Spendenkonto 6514384, BLZ 48051580 bei der KSK Halle/Westf., Inhaber. AG gegen A 33 ......*Danke*

Im Infoladen hat es gebrannt !

Am Sonntag, den 19.7.1998, gegen 22.30 Uhr wurden einige ExZess-Leute von einem Nachbarn darüber alarmiert, daß aus den Räumen des Infoladens Rauchschwaden aufsteigen. Da alle Zugänge zum Infoladen verschlossen waren, wurde die Feuerwehr gerufen, der es relativ schnell gelang den Brand unter Kontrolle zu kriegen und zu löschen. Sowohl Feuerwehr als auch Kripo gehen als Brandursache von einem eingeschalteten Elektroheizgerät (Stufe 3) aus, auf dem brennbare Materialien lagen.

Für uns stellt sich die Sache so dar: die Räume waren bei der Feststellung des Brandes abgeschlossen, d.h. es befand sich auch niemand von uns im Laden. Gegen 21.15 Uhr hat die letzte Person den Infoladen verlassen, zu diesem Zeitpunkt war die Heizung nicht eingeschaltet. Der 19.7. war einer dieser 30 Grad Tage im Hochsommer, der Heizkörper heizt bei Betrieb sehr stark, stinkt allerdings auch, beides war bei Verlassen der letzten Person nicht der Fall. Nachdem der Brand gelöscht war, wurde durch die Feuerwehr der Brandherd ermittelt, dabei waren Personen unseres Vertrauens anwesend, als das Heizgerät (auf Stufe 3 eingestellt) freigelegt wurde. Mit unserem jetzigen Wissensstand müssen wir von Fremdeinwirkung ausgehen. Alle uns plausibel erscheinenden technischen Defekte oder sonstigen Brandquellen können wir nach unserem besten Wissen ausschließen. Gleichzeitig ist es uns momentan nicht möglich näher einzugrenzen, wie die Fremdeinwirkung zustande kam, wir wissen lediglich, daß wir nicht so dumm sind, unseren eigenen Laden abzubrennen. Trotz der vielen Spekulationsmöglichkeiten halten wir es jetzt für notwendiger uns mit den entstandenen Schäden und dem Wiederaufbau des Infoladens zu beschäftigen.

Zum Schaden: Eine Arbeit als Infoladen ist zur Zeit nicht möglich. Alle elektrischen Geräte (Computer, Schreibmaschine, Telefonanlage etc.) sowie die Installation sind durch den Brand zerstört. Alle Räume und Einrichtungsgegenstände sind durch Feuer, Ruß oder Löschwasser so stark beschädigt, daß sie komplett renoviert oder ausgetauscht werden müssen. Ein Großteil des Zeitschriftenarchivs im Erdgeschoß ist vernichtet, der Büchertisch mit aktuellen Zeitungen und Büchern stark beschädigt und nicht mehr nutzbar. Die Bücher der Leihbibliothek und das Archiv im Obergeschoß sind zwar noch benutzbar, jedoch durch Ruß und Löschwasser stark beschmutzt bzw. durch Brandflecken beschädigt. Das Videoarchiv fiel komplett den Flammen zum Opfer. Den finanziellen Schaden schätzen wir auf mindestens 20 000 DM. Nicht berechnen können wir die jahre-lange Arbeit, die im Archiv steckte, die teils komplette Vernichtung einzelner Themenbereiche mit Materialien, die für uns nicht mehr zu beschaffen sind.

Was seit dem Brand passierte: Seit 4 Wochen sind hier täglich mehrere Leute am arbeiten und etwa die Hälfte der Grundrenovierung ist (Entmüllen, Mauerwerk, streichen etc.) bereits getan. Es wird jedoch mindestens noch einen Monat dauern, bis die Räumlichkeiten wieder nutzbar sind (es fehlen noch Fenster, Fußboden und die Elektrik). Parallel dazu wurde begonnen die verbliebenen Bücher und Zeitungen zu reinigen, alles ist mit giftigem schwarzen Ruß überzogen Ordner, Hüllen und Zeitungsständer müssen komplett ausgewechselt werden. Das Archiv und die Leihbücherei sind somit noch in einem riesigen Chaos und es wird noch Monate brauchen, bis wir ansatzweise sortiert haben.

Bedanken wollen wir uns an dieser Stelle für die Mithilfe und die großartigen solidarischen Reaktionen vieler Menschen, die nicht nur praktisch mitgeholfen haben den Aufbau so schnell voran zu treiben, sondern uns auch psychisch schwer motiviert haben das Projekt Infoladen weiterzuführen. **Danke**, der Infoladen liebt Euch alle!



Was wir sonst noch brauchen: Geld (wie immer, nur diesmal noch mehr), Regalbretter, Regalhalterungen, Ordner, Zeitschriftenständer und Büromaterialien.

Was wir sonst noch machen: Wir sind weiterhin erreichbar, Montags von 18.00 -22.00 Uhr im Antifacafé, per Post, Telefon und Fax funktionieren wieder. Der Büchertisch steht wie immer Montags im Antifacafé genauso wie der 'aktuelle Ordner .

In diesem Sinne: **Aufbau**

Zum Schluß: Wartet bitte noch mit Bücher und Zeitschriftenspenden für das Archiv!!! Wir wissen zur Zeit nicht wohin mit den Sachen, also laßt sie erstmal bei Euch liegen. Nach Abschluß der Renovierung freuen wir uns natürlich riesig, wenn Ihr das Zeug anschleppt.

Spendet bitte auf folgendes Konto:
A.Schie, M.St., Kontonummer 304 801 372
BLZ: 500 502 01, Frankfurter Sparkasse 1822
Verwendungszweck: Infoladen



FrauenLesben Laden Mafalda Kreuzstr. 29 28203 Bremen Tel./Fax. 0421-702781

Der FrauenLesbenLaden Mafalda in Bremen
- Was ist das? -

Seit Anfang 1996 gibt es in Bremen den autonomen FrauenLesben Laden Mafalda.
Mafalda ist ein Ort geworden, wo FrauenLesben Gruppen und einzelne FrauenLesben sich treffen, zusammen diskutieren, Informationen austauschen, Aktionen planen oder einfach nur klönen.
Wir haben diesen Laden gegründet, weil wir als autonome Feministinnen einen Ort haben wollten, wo spontane Treffen und kleinere Veranstaltungen stattfinden und sich FrauenLesben Gruppen regelmäßig treffen können.
Jeden Sonntag gibt es das Info-Café, in dem Filme gezeigt werden oder über aktuelle Ereignisse informiert wird (im Sommer '98 zum Beispiel über die antirassistischen FrauenLesben-Aktionstage an der deutsch-polnischen Grenze und über die „karawane für die Rechte der Flüchtlinge").
Neben den selbstbestimmten und unbürokratischen Möglichkeiten, uns treffen zu können, geht es uns inhaltlich darum, uns über unsere Arbeit und Inhalte auszutauschen und zu versuchen, autonome feministische Politik in Bremen transparenter zu machen.

Eine Gruppe im Mafalda organisiert den **FrauenLesben Infoladen**.
Ziel des Infoladens ist es, unterdrückte Nachrichten zu verbreiten und dies mit dem Schwerpunkt auf feministischen linksradikalen Inhalten.
Das Sortiment des FrauenLesben Infoladens umfaßt frauenlesbenspezifische Zeitungen und Zeitschriften, z.B. zu den Themen Naturwissenschaften, Gesundheitspolitik, Recht, sowie Veröffentlichungen zu Behindertenpolitik, antifaschistische und antirassistische Zeitschriften, Anti-AKW, Knast, Anti-Militarismus und Internationalismus.
Die meisten Zeitschriften können käuflich erworben werden und außerdem gibt es noch ein ausgewähltes Angebot an Büchern.
Zudem gibt es ein kleines, aber feines Archiv zu den o.g. Themen und einen kleinen Präsenzbestand an Büchern.
Darüberhinaus gibt's im Laden immer: aktuelle Flugblätter, Plakate, Aufrufe (alles auch von bundesweiten Aktionen/Demos), Diskussionspapiere etc.

Regelmäßige Treffen im Mafalda:

Montag	16-18.00 Uhr	Infoladen mit Kaffee, Tee und Keksen
Dienstag	ab 10.00 Uhr	Frühstück für erwerbslose FrauenLesben
Mittwoch	20.00 Uhr	autonomes FrauenLesben Plenum (jeden 1. und 3. Mittwoch)
Sonntag	ab 15.00 Uhr	Café
	um 17.00Uhr	Veranstaltung und/oder Film

Jeden Monat erscheint außerdem ein kleines Faltbatt mit dem aktuellen Monatsprogramm von Mafalda, das an einschlägigen Stellen ausliegt (z.B. im Frauenbuchladen *hagazussa*).

Wir brauchen Geld!

Ja, ja - das leidige Thema ist auch im Mafalda ein solches.
Der Laden inkl. Infoladen finanziert sich ausschließlich über die Mietzahlungen der Nutzerinnen und über Geldspenden. Wir wollen keine Staatsknete, keine ABM's oder ähnliches, sondern haben uns aus politischen Gründen für diese Form der Finanzierung entschieden. Das finden wir zwar nach wie vor richtig und gut, aber auch bei uns ist -wie bei so vielen - die Kohle knapp.

Konto: U.Brückner Kto.nr.:11703048 BLZ 29050101 Sparkasse Bremen

Wir sind auf Eure Unterstützung angewiesen - also:
- wenn Ihr ein bißchen Geld übrig habt, dann laßt uns doch was zukommen
- wenn Ihr Infos habt, die die linksradikalen FrauenLesbenzusammenhänge in Bremen erreichen sollen, dann schickt oder faxt die entsprechenden Sachen an Mafalda.
- wenn Ihr uns interessant findet, dann schaut doch einfach mal vorbei und informiert euch

Also, bis dann!
Feministische Grüße,
die Mafaldas





ProzeßbeobachterInnen Aachen

im Prozeß gegen Bernhard und Michael wegen Vorwurf der Mitgliedschaft in der AIZ
c/o Goethestr. 3, 52064 Aachen; Fax 0241 / 708410

Stand Mitte September 98

Am 14 November 97 eröffnete der Vorsitzende Richter des sechsten Strafsenats am OLG Düsseldorf, Ottmar Breidling, den Prozeß gegen Bernhard Falk und Michael Steinau. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der AIZ (Antiimperialistische Zelle) vorgeworfen, inklusive aller der AIZ zugerechneten Sprengstoffanschläge und Mordversuch jeweils im Zusammenhang damit.
Bisher sind der Anschlag auf das Peruanische Honorarkonsulat in Düsseldorf vom 23.12.95 und die angebliche Planung eines Sprengstoffanschlages auf den Hamburger SPD Abgeordneten Freimut Duve verhandelt worden. Derzeit geht es um den Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des sicherheitspolitischen Sprechers der CDU Paul Breuer in Siegen. Der Anschlag war am 17.9.95 durchgeführt worden.

Anläßlich der Vernehmung Breuers erklärte Michael überraschend, an dem Anschlag auf den CDU-Politiker beteiligt gewesen zu sein. Er behielt sich vor, bald weiteres dazu zu sagen. Unterdessen setzt der Senat den Prozeß unvermindert fort.
Im Verlauf der Verhandlung sind nicht nur eine Menge nichtssagender "Erkenntnissen" behandelt worden. Daneben wurde ein wenn auch ausschnitthafter Überblick darüber gewährt, auf welche Personen polizeiliche und geheimdienstliche Ermittlungen im Zusammenhang mit AIZ gerichtet waren. Während der Bulle vom BKA und der stellvertretende Chefspion aus Hamburg lieber über eingestellt Verfahren sprachen, bemühte sich der Vertreter des VS NRW, einigen namentlich benannten Menschen aus Aachen nach Kräften was ans Bein zu binden.

Technische Observationsmaßnahmen

Die "Erkenntnisse", die im Verlauf der Beweisaufnahme behandelt worden sind, beruhen beinahe ausschließlich auf dem Einsatz technischer Observationsmittel und hier vor allem auf dem Einsatz des GPS (Global Positioning System). Dabei handelt es sich um einen Signalempfänger der an Michaels Passat angebracht war. Anhand von Satellitensignalen berechnete das Gerät die Fahrzeugposition inklusive Geschwindigkeit und zeichnete sie im Minutentakt auf. Die Daten riefen Bullen des BKA alle paar Tage ab, um daraus mit "Fachphantasie" und "Fachglauben" die Fahrtrouten des Passat zu rekonstruieren, wie der zuständige Bulle berichtete.
Nun mußten Indizien herbeigeschafft werden, um zu belegen, daß es überhaupt die beiden Angeklagten waren, die mit dem Fahrzeug unterwegs gewesen seien. Aus der unendlichen Reihe polizeilicher Sachverständigengutachten im AIZ-Verfahren beschäftigen sich einige mit dieser Frage, bieten aber wenig Beweiskraft. Ähnlich verhält es sich mit den Ergebnissen aus der Observation der Angeklagten. Die Observation wurde zunächst nur durch den VS, später zusätzlich durch das BKA betrieben. Sie blieb weitgehend erfolglos, da die Zielpersonen offensichtlich regelmäßig "außer Kontrolle" gerieten. Auch die Kameraüberwachung an den Wohnhäusern der Beschuldigten vermag keine Beweise dafür zu liefern, daß sich die Zielpersonen tatsächlich im Zielfahrzeug befunden hatten.
Darüber hinaus mußten "Erkenntnisse" zusammengetragen werden, die eine Täterschaft der beiden bezüglich des Anschlages auf das Honorarkonsulat in Düsseldorf belegen sollen, bzw. die Planung des Anschlages auf Duve. Neben wiederum einigen polizeilichen Gutachten diente hierzu beispielsweise die Beschreibung der Örtlichkeiten an denen der observierte PKW eine Weile gestanden hatte: Gibt es Telefonzellen, Bus-, Bahnverbindungen, Schließfächer, also eine günstige Infrastruktur für "Terroristen" oder gibt es Grünanlagen, Parks, Waldgebiete, also günstige Bedingungen für die Anlage von Erddepots, wie es Sitte bei "der Linken" ist; zusätzlich Tankstellen, Baumärkte, Kopierläden, Hotels etc.?
Parallel dazu bastelt sich der Senat anhand von Knastbriefen, alten Zeugnissen, Wehrdienstverweigerungsschreiben, etc. Persönlichkeitsbilder über Bernhard und Michael zurecht. Sämtliche der Schreiben werden im Verlauf der Hauptverhandlung nach und nach verlesen. Zusätzlich gab es bereits Aussagen von ehemaligen Arbeitskollegen. Ehemalige LehrerInnen werden derzeit vorgeladen.
Als Mosaiksteine bezeichnet der Vorsitzende zuweilen diese Art "Erkenntnisse" und rechtfertigt sein ausgiebiges Interesse daran damit, Entlastendes für die Angeklagten suchen zu müssen. Welche entlastenden Qualitäten beispielsweise die Anfahrtswege zu Breuers Haus von den unterschiedlichsten Autobahnverbindungen aus gesehen aufweisen mögen, bleibt wohl in der richterlichen Logik verborgen.

Antrag auf Haftverschonung

Ende August stellte Bernhards Verteidigung einen Antrag, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen. Der Antrag war damit begründet, daß die bisherige Beweisaufnahme nicht die für die Fortsetzung der U-Haft notwendige Beweislast erbracht hat.
Die obligatorische Ablehnung des Antrages wird im diesbezüglichen Senatsbeschluß mit dem zusammengetragenen Berg an Mosaiksteinen begründet, den der Senat als ausreichend beweiskräftig behauptet.

Hungerstreik

Bernhard trat am 24. August in einen zweiwöchigen Hungerstreik, um seinen Forderungen nach Haftentlassung und Beschleunigung des Verfahrens Nachdruck zu verleihen. In einer 24 Seiten umfassenden Erklärung umreißt Bernhard die Zweifelhaftigkeit der bisher im Prozeß behandelten Beweiskonstruktion und ordnet den Prozeß aus seiner Perspektive in einen politischen Zusammenhang ein. Er beendet die Erklärung mit einem politischen Statement zum Dschihad und der "*Dynamik (die) von politisch aktiven Muslimen ausgeht*". Das Statement läßt sich vielleicht mit dem Begriff "abscheulich" fassen.

Ende der Fahnenstange

Konnte sich die BAW (Bundesanwaltschaft) in der Anklageschrift bezüglich des sogenannten "Tatkomplex Honorarkonsulat Düsseldorf" und "Tatkomplex Duve" wenigstens auf die beschriebenen Observationstätigkeiten des MEK ZD 44 stützen, so gibt es im Zusammenhang mit älteren Anschlägen nicht einmal das.
Nach dem bisherigen Stand der Hauptverhandlung sind die BeamtInnen aus Meckenheim erst mit den Durchsuchungen am 13.6.95 in die Arbeit gegen Bernhard und Michael eingestiegen. Auf die technischen Hilfsmittel GPS und Kameras, sowie Telefonüberwachungen hätte das BKA erst im Herbst 95 zurückgegriffen. In der Zeit davor seien keine polizeilichen Ermittlungen gegen Bernhard und Michael wegen AIZ gelaufen. Polizeiliche Ermittlungen bezüglich AIZ seien auf einige Leute in Bremen konzentriert gewesen. Letztlich hätte sich diese Spur aber erledigt. Die Ermittlungen seien eingestellt worden.

Der VS NRW ermittelt seit Anfang der 90er gegen Bernhard, Michael, u.a.

Der Hinweis auf Bernhard und Michael sei vom Verfassungsschutz NRW gekommen. Der hatte nach eigener Darstellung bereits seit 93 unter AIZ-Verdacht personenbezogen gegen Bernhard und Michael und einige weitere Menschen aus Aachen ermittelt.
Die "Operation" bezüglich Bernhard und Michael sei im Herbst 95 in die Verantwortung des BKA abgegeben worden. Über die Form der offensichtlichen Zusammenarbeit beider Behörden ist nicht viel gesagt worden. Über die Rolle des VS Hamburg noch weniger. Der hatte zunächst gegen Menschen aus dem *Komitee gegen den imperialistischen Krieg* ermittelt. Nachdem sich hier keine Verbindung zur AIZ herstellen ließ, seien die Ermittlungen eingestellt worden. Ebenso die Ermittlungen gegen zwei weitere einzelne "*Personen aus dem terroristischen Umfeld*" aus Ham-



burg. Es handelt sich um zwei Menschen, die ein oder zwei Mal mit Michael zusammengetroffen waren. Der VS Hamburg war durch die nordrheinwestfälischen KollegInnen dazu bewegt worden, gegen Michael tätig zu werden. Gegenüber dem VS NRW schien die Motivation der Hamburger Behörde, die AIZ zu ermitteln, augenscheinlich weit geringer gewesen zu sein.

Allah und die Wahrheit - Michaels Geständnis

Am 8.September war Breuer als persönliches Anschlagsopfer der AIZ inklusive Familie vor Gericht erschienen. (In Wirklichkeit war Breuer in der fraglichen Nacht nicht zu Hause, sondern "nur" seine Familie.) Nachdem Vater Breuer, der gute Patriarch, seine Einlassungen geendet hatte und niemand mehr was sagen mochte, ergriff Michael das Wort. Er bezog sich auf Anna und Arthur, was eine Regel der Linken sei, woran er sich nicht gebunden fühle, da er von Allah zu der Erkenntnis geführt worden sei, nur Allah verpflichtet zu sein. Er erklärte, ohne ihn hätte der Anschlag gegen Breuer nicht stattfinden können. Der Anschlag hätte einen politischen Hintergrund gehabt. Mittlerweile stehe Michael nicht mehr hinter dem, was unter dem Kürzel "AIZ" gemacht worden sei. Vor Allah - und nur vor dem - sei er zur Wahrheit verpflichtet und ließ sich selbst vom Vorsitzenden Richter nicht zu einer Entschuldigung gegenüber der Familie Breuer bewegen. Michael behielt sich vor, "*in zwei Wochen vielleicht*" weiteres dazu zu sagen.
Am folgenden Tag setzte der Senat "sein Verleseprogramm" ohne jeden Kommentar mit ein paar Briefen von und an Michael fort.

Ermittlungen in Bremen und in Hamburg und die AIZ ist doch aus Aachen?!

Abgesehen von den Ermittlungen gegen Michael, stellte der Hamburger VS seine "Spuren" ein, weil sie nicht zu untermauern waren. Ebenso stellte das BKA die "Bremer Spur" ein. Währenddessen engagierte sich der VS NRW im Konstruieren einer abenteuerlichen AIZ-Story.
Der stellvertretende Leiter des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes Wolfgang Düren erklärte die AIZ vor Gericht zwar nachdrücklich für "tot". Verpackt in eine wahnwitzige Geschichte hatte er ihr zuvor aber erst einmal höchst persönlich Leben verleihen müssen. Neben Michael, der in Rellingen bei Hamburg wohnte, müssen seiner Darstellung nach alle weiteren angeblichen AIZ-Mitglieder aus Aachen gewesen sein. Unter Rückgriff auf eine beachtliche Menge an Details beschwor Düren die Aachener Antirepressionsgruppe als Forum der AIZ, ließ Menschen sich aus der AIZ zurückziehen, andere beitreten, unterstützen, diskutieren, kritisieren und wieder austreten, bis am Ende schließlich die beiden Angeklagten übrig blieben. In der Absicht, über die Angeklagten hinaus, so viele Menschen wie möglich so schwer wie möglich zu belasten, bemühte er sich den Eindruck zu erwecken, quasi selbst an dem von ihm beschriebenen Geschichtsfortgang teilgenommen zu haben und zwinkerte den Prozeßbeobachterinnen in der Pause freundlich lächelnd zu.
Leider wurde Dürens Vernehmung bereits nach ein paar Stunden unterbrochen. Ihm sind aber ein bis zwei weitere Prozeßtage zugestanden worden, um seine Geschichte vor Gericht zuende bringen zu können. Wir sind gespannt!

BKA-Liste "möglicher AIZ-Verdachtspersonen"

Immerhin scheint diese Geschichte der Kick gewesen zu sein, nach dem das BKA schließlich seine Ermittlungen ausrichtete und der zur Verhaftung von Bernhard und Michael und zu einem Verfahren gegen Tamara W. wegen Unterstützung führte. Vielleicht bietet Dürens Story ja auch den Zugang zu der Namensliste, die bislang als eine weitere Episode aus der Reihe "Ich weiß nicht was soll es bedeuten" zu werten ist. Die Namensliste konnte von einer Besucherin eines der beiden Angeklagten im Knast mitgeschrieben werden. Das etwas antiquarisch anmutende Werk aus dem Jahre '96 beinhaltet ca. 50 Namen von Personen quer durch die Republik, die für die AutorInnen angeblich "*mögliche AIZ-Verdachtspersonen*" sein sollen. Wie die Liste zu werten ist oder was sie bezwecken soll, ist bislang noch gut gehütetes Geheimnis der Schreiberlinge.
Wir haben uns bemüht, die Personen, deren Namen sich auf dem fragwürdigen Machwerk befinden, zu informieren.

Schweine ins Weltall

Auch im Zusammenhang mit AIZ führten die erledigten und akuten Verdächtigungen zu erheblichen Schnüffeleien und miesen Tricks des Staatsschutzes aller möglichen Behörden. Gruppen und in der Konsequenz einzelne Menschen werden registriert, heimlich überwacht und offen bedrängt. Zusammenhänge werden ausgeforscht, politische Arbeit behindert. An den Leuten, deren Ermittlungsverfahren eingestellt worden sind, bleibt ein Restverdacht kleben, sie bleiben im Zusammenhang mit "*antiimperialistischem Terrorismus*" im Computernetz der Polizei gespeichert. Insofern sie als "Kontaktpersonen" der Angeklagten geführt werden, besteht für sie die Gefahr, als Zeuge/in nach Düsseldorf geladen zu werden, wie Breidling unlängst durchblicken ließ.
All das gilt auch für alle, gegen die nach wie vor wegen AIZ ermittelt wird, bzw. gegen die der Verdacht nicht ausgeräumt werden "konnte". Nach Dürens AIZ-Story, gilt das insbesondere für uns aus Aachen. Ebenso für alle, deren Namen sich (zusätzlich) auf dieser merkwürdigen BKA-Liste befinden.
Dürens Vorstoß, einzelne Menschen zur AIZ zu verstricken, soll uns in Aachen möglicherweise nötigen, Stellung dazu zu beziehen, uns zu distanzieren, vielleicht ein bißchen zu streiten. Wir werden den Teufel tun. Nach der ganzen Zeit, in der sich die StaatsschützerInnen gegenseitig auf die Füße treten, während sie sich völlig uneingeladen in unser Leben drängeln und hier breit machen, haben wir den Kanal wirklich restlos voll davon. Zu ihren Vorwürfen können wir uns allerdings mit Sicherheit wie folgt äußern:
Es gibt zwar eine Menge Vorschriften, Handhabungsformen und Gesetze zur rechtlichen Absicherung von Observationen im Rahmen von Ermittlungsverfahren. In Wirklichkeit besteht aber überhaupt keine Legitimation dafür. Sämtliche Saatsschutzbehörden sind aufgefordert ihre SchnüfflerInnen zurückzupfeifen, die Post- und Telefonüberwachungen inklusive der sinnlos bescheuerten Anruferei einzustellen und ihre ganzen Kameras einzupacken, die Aufzeichnungen restlos zu vernichten und sind aufgefordert, sich zu verpissen, unseretwegen zur Hölle zu fahren und wenn es sie glücklich macht das auch Inshallah!!!

die ProzeßbeobachterInnen

Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf.

Die Fragen und die Suche nach einer besseren Gesellschaft, die am Anfang des Jahrhunderts auf die Tagesordnung gesetzt wurden, sind am Ende des Jahrhunderts immer noch offen!

Revolution ist notwendig und machbar.



1918 80 JAHRE RÄTEREVOLUTION 1998

Rückwärts sehen – Vorwärts gehen!

Demonstration

Samstag, 7. November 1998

11^{00} Uhr vor der Bavaria

von der Theresienwiese über Stachus – Maxburg – Löwengrube – Odeonsplatz zum Marienplatz

Hinweise zum Gedenken an die Reichspogromnacht

9. Nov. ab 9^{30} Uhr am Odeonsplatz: Informationen zu den Mahnwachen u. zu den anderen Veranstaltungen

Mo, 9. November um 18^{00} Uhr vor der ehemaligen Synagoge in der Herzog-Max-/Maxburgstraße.

Eine Aktion des Provisorischen Revolutionären Zentralrats Münchner Linker und Initiativen

Spenden: Sonderkonto: 533 149-806 (Martin Löwenberg) –Kennwort: Freistaat Bayern– bei **Postbank München, BLZ 700 100 80**

Verantwortlich und Herausgeber: Martin Löwenberg, Hans-Böckler-Straße 3, 80995 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob



Nichts ist vergessen! Und nichts ist verloren!

Und deshalb gemeinsam raus auf die Straße!

7. November 1918: Eine riesige Menschenmenge auf der Theresienwiese fordert die sofortige Beendigung des Krieges und protestiert gegen Monarchie und Militärdiktatur. Rebellierende Soldaten verhaften ihre Offiziere und solidarisieren sich mit den Demonstranten. Arbeiter- und Soldatenräte entstehen. König Ludwig III. wird abgesetzt und flieht. Die Monarchie der Wittelsbacher bricht endlich zusammen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ruft den Freistaat Bayern aus, und Kurt Eisner wird der erste Ministerpräsident der Republik. Die spontane Woge der Räterevolution spült in ganz Deutschland Kaiser, Fürsten und Generalsdiktatur hinweg. Was würde sich durchsetzen: Arbeiter- oder Bürgermacht, Räte oder Nationalversammlung, antikapitalistische Massendemokratie oder bürgerliches Parlament?

Die Revolution erkämpft lang verweigerte Forderungen: Frauenwahlrecht und Achtstundentag – scheitert aber am konterrevolutionären Bündnis sozialdemokratischer Führer mit den alten Gewalten. Im Blut erstickt wird die Sehnsucht nach einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung. Aus dem Verrat und der Konterrevolution, aus den Freikorps und Volkswehren wächst mit Unterstützung der Polizei und der Justiz die faschistische Bewegung. Die Ordnungszelle Bayern sorgt für Kontinuität: Von der Niederschlagung der Räterevolution über den Nazi-Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November 1923 über die Reichspogromnacht am 9. November 1938 hin zum deutschen Eroberungskrieg.

Und heute? 80 Jahre nach der Räterevolution sind die Fragen, die am Anfang des Jahrhunderts von Hunderttausenden auf die Tagesordnung gesetzt wurden, immer noch offen: Noch immer sind die einen reich, weil sie den Boden, die Fabriken und die Häuser, in denen wir wohnen, besitzen. Noch immer wird produziert, was Profit bringt und gespart an dem, was die Menschen brauchen: Doch wer bestimmt eigentlich, was für die Gesellschaft notwendig und sinnvoll ist?

Und angeblich geht „uns" die Arbeit aus. Es ist schon absurd: Die Massenarbeitslosigkeit wächst, und doch müssen die meisten bei fallenden Löhnen immer länger und intensiver arbeiten, um überleben zu können. Und die angeblich Glücklichen mit den festen Jobs können alltäglich am eigenen Leib spüren, daß nicht die Arbeit, sondern nur die Anzahl der Menschen, die sie zu verrichten hat, weniger wird. Von wegen: die „Arbeit" ist nicht am verschwinden! Nur der Reichtum wird von unten nach oben verteilt: Die einen werden dabei immer reicher, die anderen umso ärmer. Statt die Frage der Verteilung zu lösen, werden die, die am stärksten unter der Misere leiden, zu Schuldigen gemacht. Im 60. Jahr nach der Reichspogromnacht finden wieder rassistische Pogrome und antisemitische Anschläge in Deutschland statt. Der Staat setzt der rassistischen Gewalt nicht nur nichts entgegen, sondern er wendet sie selbst an und forciert mit neuen Gesetzen und politischen Hetzkampagnen die Spaltung der Gesellschaft und legalisiert Ausgrenzung und Abschiebung von Teilen der Bevölkerung. Die Zahl der deutschen Rassisten wächst. In der Verteidigung (auch vermeintlicher) Privilegien wird die Hoffnung für die eigene Zukunft auf einen Rettungsring im „Boot der Reichen" verlagert.

Seit 1989 reden die Hohenpriester des Profits von der „Neuen Weltordnung", vom „Ende der Geschichte": Der Kapitalismus soll in den Köpfen und Herzen der Menschen als einzige, quasi natürliche Gesellschaftsordnung verankert werden. Niemand soll mehr darüber nachdenken, daß eine andere Gesellschaft vorstellbar und möglich ist: Warum gehören eigentlich die Häuser nicht denen, die darin wohnen? Warum bestimmen nicht alle, was warum produziert wird? Warum haben nicht alle Menschen auf der Welt die gleichen Rechte auf ein menschenwürdiges Leben?

Doch weder Macht, Waffen noch Versprechungen können die Widersprüche dieses Systems verdecken. Weltweit kämpfen die Menschen immer wieder für ihre Würde, ihr Recht auf Leben und um den Reichtum der produzierten Güter – sei es im Lakandonischen Urwald in Chiapas oder in Paris, in den Slums aller Kontinente oder im High-Tech-Zentrum München.

Denn das ist das System, dem die Regierenden und Besitzenden vorstehen und das alltäglich von viel zu vielen Menschen mitgetragen und reproduziert wird: Profit, Vermarktung und Verwertung von Menschen und Natur, Männerherrschaft über Frauen und rassistische Unterdrükkung. Sie nennen es Freiheit (und meinen: Freiheit des Profits über die Freiheit der Menschen). Sie nennen es Demokratie (und meinen: Macht der Reichen gegen die Armen und Ohnmächtigen).

Egal, wie der Bundeskanzler nach dem 27. September heißt, wenn wir wieder einmal für vier Jahre unsere Stimme abgegeben haben: Von den Regierenden geht nicht die Politik aus zur Überwindung der Welt des Profits. Ein neuer Anlauf für eine gerechtere und menschenwürdigere Gesellschaft bedarf einer neuen, außerparlamentarischen Bewegung. Träume, Utopien und Ziele machen lebendige Menschen aus, sie sind die notwendige Voraussetzung für grundlegende Veränderungen. Nur die Phantasielosen flüchten in die Realität von Ist-Zustand und Sachzwang. Wir wollen eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen ohne Herrschaft, ohne Ausbeutung und Entfremdung, aufgebaut auf Solidarität und freie Vereinbarung statt Befehlsprinzip. Wir wissen aber auch: Noch fehlt die Bewegung, die diese Fragen laut und mit Nachdruck stellt und die notwendigen Antworten durchsetzt. Aber eins ist sicher:

Nur wer sich bewegt, verändert sich und die Welt. Und:

Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf!

Friß oder stirb!-Läßt sich der Widerstand einkaufen?

EUROTOP '97 in Amsterdam: Außerkraftsetzung von Grundrechten, Massenverhaftungen, menschenunwürdige Haftbedingungen- Zustände, wie es sie in den Niederlanden seit dem Krieg unter den Nazis nicht mehr gegeben hat.
Es ist Anklage erhoben worden gegen die politisch Verantwortlichen (Bürgermeister Patijn und seine Schergen Vrakking und Nordholt), selber Mitglieder in einer kriminellen Vereinigung zu sein, und es ist auf Haftentschädigung geklagt worden. So einfach sollten die Verantwortlichen nicht davon kommen! Außerdem sollte dadurch weiterhin Öffentlichkeit geschaffen werden für den Widerstand gegen ein vereintes Europa der Bullen und Bonzen.
Am 31.7.98 war es dann endlich soweit- der Urteilsspruch ist verkündet worden: 2500 Gulden Haftentschädigung für jede/n, der/die unrechtmäßig wegen §140 festgenommen worden ist!
2500 Gulden- hochgerechnet auf ein paar hundert Leute-, die EU läßt sich die Ruhe auf den Straßen einiges kosten. Dafür allerdings sind die politischen Forderungen auch in aller Ruhe ad acta gelegt worden. Was kam in die Öffentlichkeit? Die menschenunwürdige Behandlung mit Plastikschellen. Von den menschenunwürdigen Auswirkungen der EU keine Rede. Natürlich sind auch Patijn, Nordholt und Vrakking noch im Amt, und auf deren Entschuldigungen kann mensch sicher noch länger warten. Aber geht es überhaupt darum?
Mit dem Starren auf Repression wird der Blick auf den Amsterdamer Vertrag und dessen Auswirkungen in der EU-Politik verstellt. Das ist Absicht von Repression. Durch die Auseinandersetzung mit dieser wird die Auseinandersetzung mit den eigentlichen Inhalten, gegen die demonstriert wird, blockiert. Aber jetzt passiert noch mehr: mit der Annahme des Urteils nehmen "wir"(die Aktivisten gegen den Eurotop'97 in Amsterdam) die Rolle des (Schlacht-)Opfers an. Es gibt eine Entschädigung für die "unschuldigen Opfer".
Deshalb fordern wir: Verweigerung der Entschädigung!
Statt dessen: Kampf dem Europa des Kapitals! Offene Grenzen für alle! Auflösung von NATO, WEU und Bundeswehr! Gegen einen europäischen Überwachungs- und Repressions-Apparat! Lassen wir uns nicht einkaufen!

einige Betroffene

Wieso das Geld ablehnen, über Spenden freuen sich nicht nur wir!







Freitag, 2. Oktober ab 22 Uhr,
KvU, Kremmener Str. 9-11

Veranstaltung im Cafe Größenwahn:
„Maske, Macht, Militär und Männlichkeit"
am 10.10 98 um 20.00 Uhr

solidarität muß praktisch werden

soli-tapesampler für den kampf von flüchtlingen gegen freßpakete

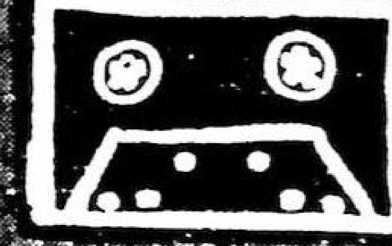
90 minuten musik +
24-seitiges a5-beiheft

Geld statt Freßpakete

daddy longleg
free yourself
die schwarzen schafe
subkutan
graue zellen
1 mio. sachschaden
tod und mordschlag
agapi mou
tete a tete
rantanplan
...but alive
1.mai 87
bandit jazz
petrograd
tempo zero
no respect
wohlstandskinder
the maltschicks
los nuevos mutantes
quest for rescue

preise:
1 tape: 7 DM
ab 3 tapes: 6 DM pro Ex.
ab 5 Tapes: 5,50 DM pro Ex.
ab 10 tapes: 5 DM pro Ex.

porto:
1-4 tapes: 3 DM
ab 5 tapes: 4,40 DM
ab 10 Tapes: 7 DM



5 vor 12
c/o KS
postfach 300132
46383 Bocholt

z.t. mit live- und unveröffentlichten stücken
bezahlung bitte im voraus in bar, als scheck oder überweisung auf das konto nr. 4566300 bei der volksbank bocholt, blz 42860003 (inhaber: k.schmitz)

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. Christburger Str. 3 Berlin 10405

Veranstaltungen Oktober 1998 im BAOBAB

Freitag, 2. Oktober, 20.00 Uhr
türkischer Abend
sehen - Film, hören - Musik, genießen - Essen, bewegen - mit Lust, ohne Frust

Veranstaltungsreihe Balkan
Montag, 5. Oktober, 19.30 Uhr
Bosnische Flüchtlinge
Refereninnen: Senada Marjanowic,Journalistin und Karin Hopfmann, PDS

Montag, 12. Oktober, 19.30 Uhr
Zündeln im Kosovo
Referent: Rüdiger Göbel, Auslandsredakteur Junge Welt

Montag, 19. Oktober5, 19.30 Uht
Interessenpolitik auf dem Balkan
Referent: Harry Richter, ehem. Botschaftsrat der DDR in Jugoslawien

Mittwoch, 14. Oktober, 20.00 Uhr
Die Geldmaschine
aktuelle Entwicklungen im IWF
Entschuldung Ja oder Nein

Rote Hilfe Cafe
jeden 2. und 4. Freitag im Monat
Freitag, 9. Oktober, 20.00 Uhr
Sacco und Vanzetti
Film

Die Volksküche ist jeden **Dienstag ab 20.00 Uhr**

OKTOBER

Sonnt[illegible] 4.10.
[illegible] Kleinkunst
diesm[illegible]RRASCHUNG!!!
Sa[illegible]10.
[illegible]ahre An[illegible]cher Laden Berlin
BIKINI PO[illegible]
VEHLFER[illegible]

Baustop.randstadt,- aggressives, nicht-akkumulatives, städtisches Handeln — Neue Gesellschaft für Bildende Kunst

Veranstaltungen:

Fr 25.9. 19-22 Uhr
NO NEW BERLIN
Mit **Neil Smith** (Geograph, Rutgers University, New Jersey), **Klaus Ronneberger** (Stadtsoziologe, Frankfurt/Main) und **Uwe Rada** (taz Berlin)

Zero Tolerance ist eine Nullösung. Was also läßt sich von den New Yorker Verhältnissen lernen? Zu Ein- und Ausgrenzungen, bürgerbewehrten Präventioneräten, mehr Grün auf der Straße und dem Geschmacksterror einer Stadt als „Gute Stube"

Sa 26.9. 14-18 Uhr
REVANCHISTISCHE STADT
Politische Optionen gegen neoliberale Stadtentwicklung und neue Strategien der Ausgrenzung
Workshop mit Vorträgen und Dias aus New York und Berlin. Mit **Neil Smith** (Geograph, Rutgers University, New Jersey), **Andrew Castrucci** (Künstlerkollektiv Bullet Space, Lower Eastside, New York), **Walther Jahn/Stephan Lanz** (Autorenkollektiv spacelab, Berlin) und VertreterInnen der **InnenStadtAktion** Berlin.

Seit den neunziger Jahren werden Fragen der Stadtentwicklung zunehmend unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit und der Kontrolle des Raumes behandelt. Neil Smith hat exemplarisch für New York gezeigt, daß die gegenwärtige sozialräumliche Hierarchisierung der Metropolen nicht nur durch die Kapitallogik einer Vermarktung von Grund und Boden erfolgt, sondern auch an eine „revanchistische Politik" gekoppelt ist. Diese kann sich dabei auf den Konsens der Mehrheitsbevölkerung stützen. Die repressive Ausgrenzung marginalisierter, als nicht normenkonform definierter Gruppen erfolgt als Versuch zur Rettung der räumlichen Kontrolle und kulturellen Hegemonie der weißen, (vermeintlich oder tatsächlich) absturzgefährdeten Mittelschichten in der Stadt.
In dem Workshop wollen wir diese Formen von Stadtpolitik als umstrittenes politisches Projekt diskutieren. Ziel soll es sein, im Vergleich der New Yorker und Berliner Erfahrungen politische Handlungsoptionen gegen diese neuen Formen „revanchistischer Politik" zu diskutieren

So 27.9. 14-18 Uhr
marodierende Mädchengangs
zum Verhältnis von privaten und öffentlichen Räumen
Workshop mit Vorträgen und Film. Mit **Susan Ruddick** (Geographin, University of Toronto) und **Franziska Roller** (Kulturwissenschaftlerin, Universität Tübingen)

Den öffentlichen Raum und seine Diskurse aus dem Blickwinkel der Nicht-Repräsentierten befragen: Für Analyse und politisches Handeln wollen wir in diesem workshop die Koordinaten „privat" - "öffentlich" auf ihre Wirkmächtigkeit hinsichtlich geschlechtsspezifischer Subjektpositionen überprüfen. Gesellschaftliche Machtverhältnisse sind in dieses duale System eingelagert und produzieren allerlei Raumzuweisungen, Identitätskonstruktionen und Marginalisierungen

Fr 9.10. 20 Uhr
Umkämpfte Räume - Linke und Stadt
Diskussionsveranstaltung zum gleichnamigen Buch u.a. mit Gästen und Berichten aus Hamburg und den aktuellen Entwicklungen im Schanzenviertel

Ort für alle Veranstaltungen:
Markthalle Berlin-Carrée 1.OG
Berlin-Alexanderplatz

„Frieden - Wahlen - Bomben"
- zur aktuellen Situation in Nordirland -
Freitag, 16.10.1998 19.30 Uhr
Heinrich- Böll-Stiftung, Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

Veranstaltungen im Bandito Rosso (Lottumstr. 10a):

Dienstag, den 13.10.98
„Widerstand - Immigration - Heimkehr"
Ein Widerstandskämpfer berichtet - Walter Sack aus der Herbert-Baum-Gruppe berichtet.

Mittwoch 14.10.98
„Neues nach der Regenzeit"
Lesung mit Jörg Rheinhardt

Freitag, den 16.10.98
„Rote Sonne"
Spielfilm BRD 1969 mit Uschi Obermeier

Veranstaltungen im El Locco (Kreuzbergstr.43):

Donnerstag 1.10.: Video „Strategie der Schnecke"
Freitag 2.10.: Lesung „Ursprung der Revolte - Albert Camus und der Anarchismus"
Mittwoch 7.10.: Theater „Staturentheater - Theater der Unterdrückten"
Donnerstag 8.10.: Video „Alexis Sorbas"
Samstag 10.10.: Musik Tänze aus Frankreich - Fromage diatonique
Dienstag 13.10.: Vortrag: Anarchia als Direktdemokratie
Donnerstag 15.10.: Video Malcolm X

Anarcho-vegan-Cafe
Köpeniker Str. 137
Mittwoch 7.10.98
Infos und Veganes Essen

Seine Mittigkeit hat Tradition



1004-Besetzer wollen nur passiven Widerstand leisten

Juso-Delegiertenkonferenz fuhr mit elf Bussen zum Platz

T r e b e l. Das „wendländische Dorf" der Kernkraftgegner auf dem widerrechtlich besetzten Platz 1004 am Mastenweg zwischen Trebel und Gorleben wird immer größer. Aus den vor vier Wochen entstandenen Notunterkünften sind stabile Holzbauten entstanden. Über 5000 Menschen bevölkerten am Wochenende die Waldbrandfläche, unter ihnen auch etwa 300 Delegierte des Bundeskongresses der Jungsozialisten, die mit elf Bussen vom Tagungsort Hannover zum Platz 1004 gekommen waren. Ex-Juso-Chef Gerhard Schröder, der ein Bundestagsmandat übernehmen wird: „Hier wird mit friedlichen Mitteln der Protest gegen die Nutzung der Kernenergie ausgedrückt."

Schröder, der über Megaphon zu den Platzbesetzern und den zahlreichen Schaulustigen sprach, erklärte, daß die Delegierten der Bundes-Juso-Konferenz mit dem Besuch auf 1004 Solidarität mit den Besetzern bekunden wollten. Dieser Platz dürfe nicht geräumt werden, denn hier werde in Frieden ein Protest gegen menschenfeindliche Pläne der Atomindustrie zum Ausdruck gebracht. Die widerrechtliche Besetzung des DWK-eigenen Geländes könne man zwar formal-juristisch verurteilen, doch sollte man sich zuvor fragen, ob man das einem zugestandene Recht auch immer durchsetzen dürfe. Schröder: „Ich fürchte, daß der Platz durch die Polizei geräumt wird, ich hoffe, daß dies nicht geschieht."

[illegible]anning, Sprecher des Bundesverba[illegible] Umweltschutz

die Würfel gefallen. Sie geben dem [illegible]
Salzstock keine Chance [illegible]
mal Endlager für [illegible]
den. Die von der [illegible]
nisse von me[illegible]
drei Salz[illegible]
bohrung
vorher
lich:
Mete[illegible]
Car
sic[illegible]

Elbe -Jeetzel -Zeitung am 2.6.1980